

Jacob S. Eder

Ein »Holocaustsyndrom«?

Die politischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und amerikanisch-jüdischen Organisationen in den 1980er Jahren*

Gegen Ende des Jahres 1977 warnte der deutsche Botschafter in Washington, Berndt von Staden, das Auswärtige Amt (AA) in Bonn vor einem Wandel in der amerikanischen Holocaust-Erinnerung: »Es mehren sich Anzeichen für eine alle Medien und weite öffentliche Bereiche erfä[ss]ende Bemuehungen [sic!], den Leidensweg des juedischen Volkes waehrend der NS-Zeit im Bewusstsein der Amerikaner wieder wach zu rufen.«¹ Tatsächlich fand zu dieser Zeit ein erheblicher Umbruch in der amerikanischen Holocaust-Erinnerungskultur statt, der die Amerikaner wie nie zuvor mit der Geschichte des Holocaust konfrontierte.² In den späten 1970er Jahren nahmen deutsche Diplomaten diese Entwicklung mit Sorge zur Kenntnis und gingen davon aus, dass sie sich unweigerlich auch auf das Ansehen der Bundesrepublik in den USA auswirken würde. Doch erst in den 1980er Jahren sollte dieses Phänomen sowohl auf die Gestaltung der bundesrepublikanischen Außenpolitik als auch – und vor allem – auf den politischen Umgang mit der NS-Vergangenheit großen Einfluss haben.

Dass es dazu kam, ist vor allem auf zwei Faktoren zurückzuführen. Zum einen wurde der hohe Stellenwert, den die deutsche Politik diesen Fragen zubilligte, ganz wesentlich von der Überzeugung bestimmt, dass ein negatives Deutschlandbild in den USA die deutsche Außenpolitik und ihre Stellung im transatlantischen Bündnis nachhaltig schwächen würde.³ Verbindungslinien zwischen dem »Dritten Reich« und der Bundesrepublik würden nicht nur amerikanische Bürger, sondern auch Politiker erreichen und beeinflussen.⁴ Zum anderen kollidierte diese Entwicklung mit einer von Helmut Kohl betriebenen re-

* Für zahlreiche kritische und hilfreiche Hinweise danke ich herzlich Reinhild Kreis, Christian Mentel und vor allem Christine Hikel, für die großzügige finanzielle Unterstützung meiner Recherchen der Gerda Henkel Stiftung und dem Deutschen Historischen Institut Washington, D. C.

1 Fernschreiben von Botschafter Berndt von Staden an AA Bonn, 9.7.1977, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA AA), Berlin, Zwischenarchiv, Bd. 110.298.

2 Vgl. vor allem *Peter Novick*, *The Holocaust in American Life*, Boston 1999, S. 207–238, sowie *Henry Greenspan*, *On Listening to Holocaust Survivors. Recounting and Life History*, Westport/London 1998, S. 45–47; *Edward T. Linenthal*, *Preserving Memory. The Struggle to Create America's Holocaust Museum*, New York 2001, S. 11–15; *Jeffrey Shandler*, *While America Watches. Televising the Holocaust*, New York 1999, S. 155–159. Eine wichtige interpretative Modifizierung bezüglich der Holocaust-Erinnerung amerikanischer Juden bis Anfang der 1960er Jahre legte vor *Hasia R. Diner*, *We Remember with Reverence and Love. American Jews and the Myth of Silence after the Holocaust, 1945–1962*, New York 2009, insb. S. 365–390.

3 Vgl. *Clay Clemens*, *Kohl's Image of America*, in: *Wolfgang-Uwe Friedrich* (Hrsg.), *Germany and America. Essays in Honor of Gerald R. Kleinfeld*, New York/Oxford 2001, S. 178–194. Zur bundesrepublikanischen USA-Politik allgemeiner vgl. *Andreas Wirsching*, *Die Beziehungen zu den USA im Kontext der deutschen Außenpolitik 1982–1998*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 14, 2007, S. 235–244.

4 Zum Beispiel im Rahmen der Debatten um die Verjährung der Verfolgung von NS-Verbrechen: Fernschreiben von Botschafter Berndt von Staden an AA Bonn, 29.1.1979, PA AA, AV Neues Amt, Bd. 16.850. Für ein Beispiel vor dem Untersuchungszeitraum vgl. *Eckart Conze/Norbert Frei/Peter Hayes* u. a., *Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik*, München 2010, S. 615–620.

gierungsamtlichen Geschichtspolitik, die auf eine Neuverortung der Bundesrepublik im Bezug auf die deutsche Geschichte, insbesondere die NS-Herrschaft, und auch auf die Aufhebung der »durch Nationalsozialismus und Weltkrieg verschuldete[n] Sonderstellung« im internationalen Kontext abzielte.⁵ Diese Konstellation entstand am Ende »der langen Phase der Vergangenheitsbewältigung« – die den Umgang mit dem Nationalsozialismus in der Bundesrepublik in den 1960er und 1970er Jahren prägte⁶ –, da der sprunghafte Wandel in der amerikanischen Holocaust-Erinnerung mit Spannungen im deutsch-amerikanischen Bündnis (vor allem im Rahmen der Nachrüstungsdebatten) und den Bestrebungen der Regierung Kohl, den Umgang mit der deutschen Geschichte aktiv mitzugestalten, einherging. Hier kristallisierte sich das Spannungsverhältnis zwischen den bundesrepublikanischen Bestrebungen, sich als selbstbewusster und »normaler« Staat auf dem internationalen Parkett zu bewegen – eine »Sehnsucht nach Gleichberechtigung« – und der wachsenden Belastung, als die die Erinnerung an den Holocaust im Ausland für das Ansehen der Bundesrepublik empfunden wurde.⁷

Noch als Oppositionsführer hatte Helmut Kohl zum Ausdruck gebracht, dass ihm die wachsende öffentliche Präsenz des Holocaust in den USA »große Sorgen« bereite.⁸ Als Urheber erkannten er und sein Beraterumfeld jüdische Organisationen, Journalisten, Publizisten und Intellektuelle in den USA. Diese hatten sich seit Kriegsende in verschiede-

5 Peter Reichel, Der Judenmord in der deutschen Erinnerungskultur, in: Bernd Faulenbach/Franz-Josef Jelich (Hrsg.), »Transformationen« der Erinnerungskulturen in Europa nach 1989, Essen 2006, S. 367–380, hier: S. 376. Zur Geschichtspolitik und zum Umgang mit der Holocaust-Erinnerung in der Ära Kohl vgl. unter anderem: Rupert Seuthe, »Geistig-moralische Wende«? Der Politische Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Ära Kohl am Beispiel von Gedenktagen, Museums- und Denkmalprojekten, Frankfurt am Main 2001; Claudia Fröhlich, Rückkehr zur Demokratie. Wandel der politischen Kultur in der Bundesrepublik, in: Peter Reichel/Harald Schmid/Peter Steinbach (Hrsg.), Der Nationalsozialismus. Die Zweite Geschichte, Überwindung, Deutung, Erinnerung, München 2009, S. 105–126, hier: S. 121–126; Peter Steinbach, Die publizistischen Kontroversen. Eine Vergangenheit, die nicht vergeht, in: ebd., S. 127–174, hier: S. 159–171; Jan-Holger Kirsch, Nationaler Mythos oder historische Trauer? Der Streit um ein zentrales »Holocaust-Mahnmal« für die Berliner Republik, Köln 2003; ders., »Wir haben aus der Geschichte gelernt«. Der 8. Mai als politischer Gedenktag in Deutschland, Köln 1999, S. 71–208; ders., Hier geht es um den Kern unseres Selbstverständnisses als Nation. Helmut Kohl und die Genese des Holocaust-Gedenkens als bundesdeutscher Staatsräson, in: Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien 2008, Nr. 43/44, S. 40–48; Sabine Moller, Die Entkonkretisierung der NS-Herrschaft in der Ära Kohl. Die Neue Wache, das Denkmal für die ermordeten Juden Europas, das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Hannover 1998; Andreas Wirsching, Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990, München 2006, S. 473–491; Edgar Wolfrum, Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990, Darmstadt 1999, S. 316–345 und 354f.

6 Norbert Frei, 1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewußtsein der Deutschen, München 2005, S. 26f. und 34–37.

7 Friedrich Kießling, Täter repräsentieren. Willy Brandts Kniefall in Warschau, in: Johannes Paulmann (Hrsg.), Auswärtige Repräsentationen. Deutsche Kulturdiplomatie nach 1945, Köln/Weimar etc. 2005, S. 205–224, hier: S. 209. Vgl. dazu die Überlegungen von Johannes Paulmann, Auswärtige Repräsentationen nach 1945. Zur Geschichte der deutschen Selbstdarstellung im Ausland, in: ebd., S. 1–32, hier: S. 21f. Zur Periodisierung vgl. ders., Deutschland in der Welt. Auswärtige Repräsentationen und reflexive Selbstwahrnehmung nach dem Zweiten Weltkrieg – eine Skizze, in: Hans Günter Hockerts (Hrsg.), Koordinaten deutscher Geschichte in der Epoche des Ost-West-Konflikts, München 2004, S. 63–78, hier: S. 71–78.

8 So fasste MdB Peter Petersen (CDU) ein Gespräch mit Kohl über den Umgang mit dem Holocaust in den USA, vor allem über die Pläne für ein Holocaust-Museum in Washington, zusammen: Brief von Peter Petersen an Helmut Kohl, 5.2.1985, Bundesarchiv (BArch), Koblenz, N 1396/3.

nen Formen für die Erinnerung an den Holocaust eingesetzt.⁹ In den späten 1970er Jahren kam es aber dort zu einer Institutionalisierung dieser Erinnerung, durch die der Holocaust eine nie zuvor da gewesene massenmediale, politische und gesellschaftliche Präsenz erlangte. Amerikanisch-jüdische Organisationen hatten zwar auch die Entwicklung der Demokratie und den Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Bundesrepublik seit ihrer Gründung kritisch begleitet und auch immer wieder interveniert, wenn es um Fragen der sogenannten Wiedergutmachung, der Verfolgung von NS-Verbrechen oder auch der Bekämpfung des Antisemitismus ging.¹⁰ Aber aus der bundesrepublikanischen Perspektive wurde gerade die Entwicklung der Holocaust-Erinnerungskultur in den späten 1970er Jahren innerhalb der USA zur politischen Herausforderung, weil diese sich – so die Befürchtung – negativ auf die Wahrnehmung der Bundesrepublik im Ausland auswirken würde.¹¹

Dieser Nexus von Erinnerung und Politik manifestierte sich insbesondere in der bundesrepublikanischen Einstellung beziehungsweise in den Beziehungen zu amerikanisch-jüdischen Organisationen.¹² In diesen Vereinigungen, speziell denjenigen, die sich mit der Erinnerung an den Holocaust befassten, sahen deutsche Politiker und Diplomaten die gesellschaftliche Gruppierung in den USA, die das größte Interesse daran zu haben schien, ein negatives Deutschlandbild zu propagieren.¹³ Dabei gab es zum Ende der 1970er Jahre zwar vereinzelt Gespräche zwischen Vertretern der Bundesrepublik und diesen Organisationen, aber keinen offiziellen beziehungsweise institutionalisierten Dialog. Bis in die 1980er Jahre schien das Verhältnis der Bundesrepublik zu den amerikanischen Juden daher von einem »Holocaustsyndrom« geprägt zu sein¹⁴: Während viele amerikanische Juden die Bundesrepublik in erster Linie als Nachfolgestaat des »Dritten Reichs« wahrnah-

9 Für die Erinnerung an den Holocaust in den USA der Nachkriegszeit vgl. *Diner, We Remember*.

10 Zu den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und amerikanischen Juden vgl. vor allem *Shlomo Shafir, Ambiguous Relations. The American Jewish Community and Germany Since 1945*, Detroit 1999. Ferner: *ders.*, Die schwierige Annäherung. Das amerikanische Judentum und Deutschland, in: *Detlef Junker* (Hrsg.), Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges 1945–1990. Ein Handbuch, Bd. 2: 1968–1990, Stuttgart/München 2001, S. 708–719; *ders.*, Constantly Disturbing the German Conscience. The Impact of American Jewry, in: *Dan Michman* (Hrsg.), Remembering the Holocaust in Germany, 1945–2000. German Strategies and Jewish Responses, New York 2002, S. 121–135; *Sylke Tempel*, Legenden von der Allmacht. Die Beziehungen zwischen amerikanisch-jüdischen Organisationen und der Bundesrepublik Deutschland seit 1945, Frankfurt am Main 1995; *Lily Gardner Feldman*, Gesellschaftliche Beziehungen in drei Dimensionen 1968–1990, in: *Junker*, Die USA und Deutschland, Bd. 2, S. 613–631; *dies.*, The Jewish Role in German-American Relations, in: *Frank Trommler/Elliott Shore* (Hrsg.), The German-American Encounter. Conflict and Cooperation Between Two Cultures, 1800–2000, New York/Oxford 2001, S. 179–186.

11 Zur »Wahrnehmungsfigur ›Ausland‹« und ihrem Zusammengang mit der Vorstellung einer »jüdischen Weltverschwörung« vgl. *Norbert Frei*, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996, S. 399f.

12 Vgl. *Jan-Werner Müller*, Introduction. The Power of Memory, the Memory of Power and the Power over Memory, in: *ders.* (Hrsg.), Memory and Power in Post-War Europe. Studies in the Presence of the Past, Cambridge 2002, S. 1–35, hier: S. 1f. Vgl. auch *Feldman*, The Jewish Role, S. 179f.

13 *Clemens*, Kohl's Image, S. 185.

14 Diesen Begriff entnehme ich einem Brief von Michael Wolffsohn an Bruno Heck, 10.5.1982, American Jewish Committee Archives (AJC Archives), New York, William Trosten Files, Box 5. Wolffsohn sah die Kooperation zwischen AJC und Konrad-Adenauer-Stiftung als Indiz dafür, dass dieses Verhältnis »eben nicht nur vom Holocaustsyndrom« geprägt sei. Vgl. auch *Tempel*, Legenden von der Allmacht, S. 106, die von der Sicht amerikanischer Juden auf die Bundesrepublik in den 1970er Jahren durch die »Brille des Dritten Reiches« spricht.

men, sahen in der Bundesrepublik vor allem konservative Politiker die »Obsession« der amerikanischen Juden mit dem Holocaust und die angebliche Weigerung, die Errungenschaften der bundesrepublikanischen Demokratie zur Kenntnis zu nehmen, als außenpolitisches Problem für die Bundesrepublik.¹⁵

Im Folgenden wird die Haltung und die Politik der Regierung Kohl gegenüber amerikanisch-jüdischen Interessenverbänden untersucht. Diese Kontakte spielten sich vor allem im Verborgenen ab, lassen sich aber nur im Kontext öffentlicher Kontroversen um die NS-Vergangenheit in den 1980er Jahren erklären. Hier wird auch nach den Mustern der deutschen Kommunikation über diese Organisationen zu fragen sein, da Annahmen von der »Macht der Juden« über die amerikanischen Medien und Politik sowie über deren »Unversöhnlichkeit« gegenüber der Bundesrepublik zumindest unterschwellig die deutschen Analysen der Vorgänge in den USA unterfütterten.¹⁶ Dabei setzt die Untersuchung noch in der Ära Schmidt ein, konzentriert sich aber auf die erste Dekade der Kanzlerschaft Kohls. In einem ersten Schritt wird es darum gehen, die Ausgangslage am Übergang von den 1970er zu den 1980er Jahren darzustellen, also der Zeit, in der sich der Umgang mit dem Holocaust in den USA deutlich veränderte und dies von der deutschen Diplomatie als politische Herausforderung erkannt wurde. Darauf folgt eine Analyse von Begegnungen zwischen Repräsentanten der Bundesrepublik und amerikanisch-jüdischen Organisationen während der Anfangsphase der Kanzlerschaft Kohls. Hierbei war die Erinnerung an den Holocaust entweder explizit oder zumindest als unterschwellig vorhandener Konfliktstoff gegenwärtig, was auf der deutschen Seite entsprechende Gegenreaktionen auslöste. In einem dritten Schritt wird der Bitburg-Besuch Ronald Reagans im Jahr 1985 als Versuch gewertet, der Erinnerung an den Holocaust eine positive Erzählung entgegenzusetzen, die – auch an die Adresse der amerikanisch-jüdischen Organisationen gerichtet – die Trennlinien zwischen Tätern und Opfern im »Dritten Reich« verwischen sollte.¹⁷ Aber Bitburg wurde, entgegen der ursprünglichen Intention, zur Bruchstelle: Die öffentlichen Kontroversen über den Staatsbesuch setzten einen vorläufigen Schlusspunkt unter die frühen geschichtspolitischen Projekte der Regierung Kohl¹⁸, bewirkten aber auch einen Wandel im bundesrepublikanischen Verhältnis zu den amerikanischen Juden.¹⁹ In den Jahren zwischen Bitburg und der Deutschen Einheit bemühten sich nämlich die Bundesregierung und ihr nahestehende Mittlerorganisationen, wie die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) oder die Atlantik-Brücke, um eine deutliche Intensivierung des Dialogs mit amerikanisch-jüdischen Organisationen, worauf im vierten Unterkapitel einzugehen sein wird.

15 So schilderte der ehemalige Präsident des American Jewish Committee, Howard I. Friedman, seine Eindrücke von Begegnungen und Gesprächen mit deutschen Politikern in der »Alois Merthes Memorial Lecture« am 29. Oktober 1991, zit. nach: *Shafir*, *Ambiguous Relations*, S. 352f.

16 Vgl. *Werner Bergmann*, *Antisemitismus in öffentlichen Konflikten. Kollektives Lernen in der politischen Kultur der Bundesrepublik 1949–1989*, Frankfurt am Main/New York 1997, S. 413, und *Wolfgang Benz*, *Was ist Antisemitismus?*, München 2004, S. 19f.

17 *Seuthe*, »Geistig-moralische Wende«?, S. 62f., spricht von einer »alles nivellierenden Opferkategorie«. Vgl. auch *Bergmann*, *Antisemitismus in öffentlichen Konflikten*, S. 405–411, und *Wolfrum*, *Geschichtspolitik*, S. 338–340. Allgemein zu Bitburg sei angesichts der sehr umfangreichen Literatur stellvertretend verwiesen auf *Geoffrey H. Hartman* (Hrsg.), *Bitburg in Moral and Political Perspective*, Bloomington 1986; *Kirsch*, »Wir haben aus der Geschichte gelernt«, S. 79–95; *Ilya Levkov* (Hrsg.), *Bitburg and Beyond. Encounters in American, German and Jewish History*, New York 1987; *Deborah E. Lipstadt*, *The Bitburg Controversy*, in: *American Jewish Year Book* 87, 1987, S. 21–37; *Christian Mentel*, *Bitburg-Affäre* (1985), in: *Wolfgang Benz* (Hrsg.), *Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart*, Bd. 4, Berlin/Boston 2011, S. 51–53; *Peter Reichel*, *Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit*, München 1995, S. 280–287.

18 Vgl. *Wirsching*, *Abschied vom Provisorium*, S. 480f.

19 *Shafir*, *Ambiguous Relations*, S. 299–315.

I. HOLOCAUST-ERINNERUNG IN DEN USA: EINE POLITISCHE HERAUSFORDERUNG FÜR DIE BUNDESREPUBLIK

Am Ende der 1970er Jahre kam es zu einem Umbruch in der öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Holocaust in den USA. Im Zuge dessen wurde eine institutionelle Infrastruktur geschaffen, die die Auseinandersetzung mit diesem Thema dauerhaft in das öffentliche, akademische und politische Leben der USA integrierte. Diese Entwicklung belegten zum Beispiel die Einführung von Holocaust-Kursen in den Schul- und Universitätsunterricht, die ersten großen wissenschaftlichen Tagungen zur Geschichte der Ermordung der europäischen Juden, Pläne für Holocaustmuseen und -mahnmalen und vor allem die NBC-Serie »Holocaust«, die Millionen von nicht jüdischen Amerikanern mit der Geschichte des Holocaust vertraut machte.²⁰ Im Jahr 1978 wurde diese Entwicklung auch staatlich von höchster Stelle gefördert, als US-Präsident Jimmy Carter eine »President's Commission on the Holocaust« einrichtete, die mit der Erarbeitung eines Konzepts für ein nationales Holocaust-Mahnmal betraut wurde. Aus diesen Überlegungen ging das 1993 eröffnete United States Holocaust Memorial Museum (USHMM) hervor.

In dem Paradigmenwechsel im Umgang mit dem Holocaust in den USA, der sich hier abzeichnete, sahen deutsche Diplomaten eine Herausforderung für die Bundesrepublik. Befürchtungen über mögliche negative Auswirkungen der Thematisierung des Holocaust im Unterricht und durch das staatliche Museum auf das Ansehen Deutschlands in den USA sollten sich sogar bis in die 1990er Jahre halten.²¹ Dies lag auch daran, dass man amerikanischen Juden besonderes Gewicht für die Gestaltung der öffentlichen Meinung zuschrieb. So resümierte der Generalkonsul in New York gegen Ende des Jahres 1977 im Zusammenhang mit der Geiselnbefreiung in Mogadischu, welche »in jüdischen Kreisen viel Beifall gefunden« habe, dass »beim jüdischen Bevölkerungsteil in den USA und damit bei vielen Intellektuellen und »öffentlichen Meinungsmachern« immer noch tief sitzende Ressentiments gegen die Deutschen [bestünden], die sich bei einem anderen Anlass schnell gegen uns richten können.«²² Und im April 1978 warnte Botschafter von Staden vor einer Beschädigung des Deutschlandbilds durch die Ausstrahlung der Serie »Holocaust« in den USA: »Die Greuel bei der Judenverfolgung und den späteren Massenmorden werden die Zuschauer hier wohl tief berühren [...]. Es ist daher zu vermuten, daß die Fernsehserie »Holocaust« neben einem nachhaltigen emotionalen Eindruck bei manchen Betrachtern auch dessen Einstellung zum heutigen Deutschland und zur Bundesrepublik nicht unbeeinträchtigt läßt.«²³ Zwar kam es in der Folge der Ausstrahlung – abgesehen von vereinzelt Protesten und Beschimpfungen – zu keinen nennenswerten Vorfällen,

20 Vgl. die in Anm. 2 angeführte Literatur.

21 So zog sich zum Beispiel die kritische Haltung der Regierung Kohl gegenüber dem größten amerikanischen Holocaust-Museum, dem United States Holocaust Memorial Museum in Washington, D. C. (USHMM), durch die gesamten 1980er bis in die 1990er Jahre. Daraus resultierten zahlreiche Interventionen bei den Verantwortlichen des USHMM, die auf eine Veränderung des Ausstellungskonzepts, insbesondere auf die Berücksichtigung der Geschichte des deutschen Widerstands und der Bundesrepublik abzielten. Vgl. unter anderem *Katrin Pieper*, Die Musealisierung des Holocaust. Das Jüdische Museum Berlin und das U. S. Holocaust Memorial Museum in Washington D. C. Ein Vergleich, Köln 2006, S. 163–171; *Jacob S. Eder*, Holocaust-Erinnerung als deutsch-amerikanische Konfliktgeschichte. Die bundesdeutschen Reaktionen auf das United States Holocaust Memorial Museum in Washington, D. C., in: Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus 24, 2008, S. 109–134.

22 Brief von Werner Ungerer an Günther van Well, 10.11.1977, PA AA, Zwischenarchiv, Bd. 115.945.

23 Brief von Botschafter Berndt von Staden an AA Bonn, 5.3.1978, PA AA, AV Neues Amt, Bd. 23.207.

was deutsche Diplomaten mit Erleichterung notierten.²⁴ Dass jedoch der Holocaust die amerikanische Öffentlichkeit, insbesondere amerikanisch-jüdische Organisationen und die Medien weiterhin beschäftigen würde und dass dabei auch das Bild der Bundesrepublik beeinträchtigt werden könnte, stand aus der Sicht von Stadens zu befürchten. Er vermutete, dass die nächste (und letzte) Debatte über die Verjährung der Verfolgung von NS-Verbrechen, die im Jahr 1979 anstand, einen konkreten Anlass dafür liefern könne: Für jüdische Organisationen böte »sich eine Verknüpfung des Verjährungsthemas mit der »Holocaust«-Diskussion an.«²⁵ In der Bundesrepublik selbst sollte diese Verbindung letztlich auch zur Aufhebung der Verjährungsfrist beitragen.²⁶

Die Ursachen für den Wandel im amerikanischen Umgang mit dem Holocaust sind in der politischen Kultur der USA zu suchen und standen in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit der Bundesrepublik. Maßgeblich gingen Bemühungen, die Erinnerung an den Holocaust fest in der amerikanischen Gesellschaft zu verankern, von Holocaustüberlebenden und amerikanisch-jüdischen Interessenverbänden aus.²⁷ Als Ursachen können in erster Linie genannt werden: die Betonung einer gemeinsamen Geschichte und eines gemeinsamen Schicksals der amerikanischen Juden sowie die Förderung des Bewusstseins, dass Juden auch nach dem Holocaust noch bedroht seien, nämlich in Israel, zumal angesichts des Nahost-Konflikts. Auch spielte das wachsende und sehr gut nachvollziehbare Bedürfnis von Holocaustüberlebenden, in der Öffentlichkeit von ihren Leiden zu sprechen, eine Rolle.²⁸ Natürlich gab es auch Stimmen, die die Fokussierung der jüdischen Identität auf den Holocaust überaus kritisch sahen. Bereits Ende der 1970er Jahre kritisierte der jüdische Theologe Jacob Neusner die »Holocaustomania« unter amerikanischen Juden heftig, ein Argument, das später unter anderem von dem Historiker und wohl bekanntestem Kommentator der Holocaust-Erinnerung in den USA, Peter Novick, aufgegriffen wurde.²⁹

Aber kennzeichnend für den Umbruch der späten 1970er Jahre war gerade die Tatsache, dass der Holocaust nun auch für nicht jüdische Amerikaner zum Thema wurde. Während in den jüdischen Gemeinden die Beschäftigung mit dem Holocaust noch während des Zweiten Weltkriegs begonnen hatte und auch danach punktuell große Aufmerksamkeit erlangte, hatte sich die Mehrheit der nicht jüdischen Amerikaner zwar auf vielfache und ganz unterschiedliche Weise mit dem Zweiten Weltkrieg, jedoch nicht in großem Umfang mit der Ermordung der europäischen Juden durch das NS-Regime beschäftigt.³⁰ Aus deutscher Perspektive wurde dieses Problem durch die Tatsache verschärft,

24 Zu den Protesten vgl. Vermerk des Generalkonsulats in New York, 21.4.1978, PA AA, AV Neues Amt, Bd. 23.207. Zur ersten Einschätzung der Wirkung der NBC-Serie in den USA vgl. das Fernschreiben von Botschafter Berndt von Staden an AA Bonn, 20.4.1978, PA AA, AV Neues Amt, Bd. 23.207. Vgl. auch *Shafir*, *Ambiguous Relations*, S. 291.

25 Fernschreiben von Botschafter Berndt von Staden an AA Bonn, 29.1.1979, PA AA, AV Neues Amt, Bd. 16.850. Zu den Verjährungsdebatten vgl. *Peter Reichel*, *Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute*, München 2001, S. 182–198, und *Helmut Dubiel*, *Niemand ist frei von der Geschichte. Die nationalsozialistische Herrschaft in den Debatten des Deutschen Bundestages*, München 1999, S. 160–174.

26 Vgl. *Reichel*, *Vergangenheitsbewältigung*, S. 195f. Zur Serie »Holocaust« und ihrer Wirkungsgeschichte vgl. zum Beispiel das Themenportal von *Zeitgeschichte-online*, Die Fernsehserie »Holocaust« – Rückblicke auf eine »betroffene Nation«, URL: <<http://www.zeitgeschichte-online.de/site/40208179/default.aspx>> [15.1.2012].

27 Vgl. *Novick*, *The Holocaust in American Life*, S. 207–238.

28 Vgl. *Greenspan*, *On Listening to Holocaust Survivors*, S. 45–47.

29 *Jacob Neusner*, *Stranger at Home. »The Holocaust«, Zionism, and American Judaism*, Chicago 1981, S. 84. Vgl. *Novick*, *The Holocaust in American Life*, S. 6–11.

30 Eine Ausnahme war hier der Eichmann-Prozess. Vgl. *Shafir*, *Ambiguous Relations*, S. 219–237, und auch *Conze/Frei/Hayes* u. a., *Das Amt*, S. 612–614.

dass sich der Holocaust – sei es nun in Schulbüchern, ja sogar in Brettspielen³¹ oder in den geplanten Museen – zu einem moralischen Maßstab entwickeln und den Amerikanern bei der Unterscheidung von ›gut‹ und ›böse‹ dienen sollte.³² Diese Wirkung war durchaus beabsichtigt. So lautete der Titel eines Leitfadens für den Unterricht zum Thema von 1976 »The Holocaust. A Study in Values« und legte die pädagogische Bedeutung nahe, die dem Holocaust als einer Art historischem Lehrstück zugeschrieben wurde.³³ Einer der zentralen Protagonisten der amerikanischen Holocaust-Erinnerungskultur, Michael Berenbaum, brachte diese Absicht auf den Punkt, als er die Ermordung der europäischen Juden als »violation of every essential American value« charakterisierte.³⁴ Diese »Externalisierung des Bösen« machte nun ein Verbrechen, bei dem Deutsche die Täter waren, zum Inbegriff des ›Unamerikanischen‹.³⁵ Diese Bemühungen, gerade im Land des wichtigsten Verbündeten USA, die Erinnerung an die Verbrechen des NS-Regimes wachzuhalten sowie die Opfer und die Täter konkret zu benennen, erschienen aus der Sichtweise der Bundesrepublik als politisches Problem.

Zu Beginn der 1980er Jahre stellte der amerikanische Holocaust-Diskurs die deutschen Beobachter jedoch vor ein Rätsel. So drückte der Botschafter in Washington, Peter Hermes, im Jahr 1981 seine Ratlosigkeit darüber aus, »warum eigentlich die Juden in Amerika in den letzten beiden Jahren die Holocaust-Erinnerung nach fast 40 Jahren wieder so dramatisch hochspielen, was sie eigentlich damit erreichen wollen, da das von deutscher Seite in Amerika kein Mensch begreift«.³⁶ Hier klang, zumindest im Ansatz, der »Vorwurf der Unversöhnlichkeit« mit, der auch die Unterstellung einer Instrumentalisierung der Erinnerung an den Holocaust beinhaltete.³⁷ Da man amerikanisch-jüdische Interessengruppen als Urheber dieser Veränderungen im Umgang mit dem Holocaust ausmachte und ihnen zudem große Macht in der amerikanischen Medienlandschaft zusprach³⁸, lag es für die Vertreter der Bundesrepublik nahe, bei ihnen nach Antworten zu suchen. Eine Schlüsselrolle spielte hier das American Jewish Committee (AJC), eine der größten amerikanisch-jüdischen Organisationen, die 1906 von deutschen Juden in den USA gegründet worden war und sich schon seit dem frühen 20. Jahrhundert für die Rechte der Juden auf der ganzen Welt einsetzte.³⁹

31 Für ein geradezu groteskes Beispiel vgl. *Raymond A. Zwerin/Andrey Friedman Marcus/Leonard Kramish*, Gestapo. A Learning Experience about the Holocaust, Denver 1976, USHMM Library, Special Collections.

32 Vgl. *Alvin Rosenfeld*, The Americanization of the Holocaust, in: *Commentary* 99, 1995, S. 35–40, und *Tony Judt*, The Morbid Truth, in: *The New Republic*, 19./26.7.1999, S. 36–40.

33 *Raymund A. Zwerin*, The Holocaust. A Study in Values, Denver 1976.

34 Zit. nach: *Tim Cole*, Selling the Holocaust. From Auschwitz to Schindler. How History is Bought, Packaged, and Sold, New York 1999, S. 154.

35 Vgl. *Detlef Junker*, Die Amerikanisierung des Holocaust, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 9.9.2000.

36 Zit. nach einem Bericht Peter Petersens für seinen Wahlkreis, 28.7.1981, BArch, B 136/29850. Dass andere Diplomaten mehr Einblick und Verständnis hatten, zeigt zum Beispiel das Fernschreiben von Botschafter Berndt von Staden an AA Bonn, 9.7.1977, PA AA, Zwischenarchiv, Bd. 110.298.

37 Zitat nach *Bergmann*, Antisemitismus in öffentlichen Konflikten, S. 413.

38 Stellvertretend sei hier auf zwei Aufzeichnungen aus den späten 1970er Jahren verwiesen, in denen die »außerordentlich große [...] Bedeutung des jüdischen Elements in der amerikanischen Meinungsbildung« beziehungsweise »die gerade im Pressebereich einflussreichen jüdischen Kreise« von Diplomaten analysiert wurden. Vgl. Vermerk des AA, Referat IV, 16.8.1978, PA AA, Zwischenarchiv, Bd. 115.945, und Fernschreiben von Botschafter Berndt von Staden an AA Bonn, 29.1.1979, PA AA, AV Neues Amt, Bd. 16.850.

39 Eine offizielle Geschichte des AJC legte vor *Marianne Rachel Sanua*, Let Us Prove Strong. The American Jewish Committee, 1945–2006, Waltham 2007. Einen Überblick über die Aktivitäten in Deutschland gibt die AJC-Publikation von *Jeffrey M. Peck*, A Continuous Tradition of Dialogue and Tolerance. AJC in Germany, New York 2006.

Kontakte zwischen dem AJC und der Bundesrepublik hatte es bereits in den 1950er Jahren gegeben, diese waren allerdings im Laufe der Jahrzehnte eingeschlafen, was zum einen an generationellen Faktoren, zum anderen an der Interessenverlagerung des AJC infolge von Sechstage- (1967) und Jom-Kippur-Krieg (1973) lag, welche die Aufmerksamkeit von der Bundesrepublik auf Israel verschoben.⁴⁰ Das AJC stellte insofern eine Ausnahme im Spektrum der amerikanisch-jüdischen Organisationen dar, als es sich zum einen selbst besorgt über antideutsche Ressentiments und mangelndes Interesse an der transatlantischen Allianz unter amerikanischen Juden zeigte⁴¹ und zum anderen Ende der 1970er Jahre wieder den direkten Kontakt zur Bundesregierung suchte, der »zukunftsorientiert« sein sollte. Das Auswärtige Amt hielt dies für höchst wünschenswert:

»ein Gespräch mit Vertretern dieser politisch sehr bedeutenden Organisation bietet eine gute Gelegenheit, auf die Meinung einer breiten Schicht des amerikanischen Judentums Einfluß zu nehmen. Angesichts der Stellung des Judentums in der amerikanischen Gesellschaft dürfte sich dies auf die deutsch-amerikanischen Beziehungen allgemein positiv auswirken.«⁴²

Genau aus diesem Grund machten sich das New Yorker Generalkonsulat – und hier vor allem der Diplomat Wolf Calebow – und William Trosten, der Assistant Director des AJC, Ende der 1970er Jahre über einen institutionalisierten Austausch Gedanken. Trosten, der mit einer Deutschen verheiratet war und fließend Deutsch sprach, sollte eine zunehmend wichtige Rolle für die deutsch-amerikanisch/jüdischen Beziehungen in den 1980er Jahren spielen.⁴³ Den von ihm und Calebow erarbeiteten Vorschlag für ein Austauschprogramm zwischen der Bundesrepublik und der amerikanisch-jüdischen Gemeinschaft übergaben Vertreter des AJC an Bundeskanzler Helmut Schmidt während des ersten gemeinsamen Gesprächs im Juni 1979 in New York.⁴⁴ Das Kanzleramt reichte das Exposé zunächst an das AA weiter, von wo aus es an die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung gelangte. Daraus entwickelten das AJC und die KAS 1980 ein Austauschprogramm, das sich an »future leaders of the Federal Republic and the American Jewish community« richtete, also an Teilnehmer aus dem politischen Betrieb, der Wissenschaft, der Wirtschaft und den Medien.⁴⁵ Beide Seiten rechneten diesem Austausch große Bedeutung für die zukünftige Gestaltung der deutsch-amerikanischen Beziehungen zu, und der Sprecher der deutschen Gruppe und spätere Direktor des Washingtoner Büros der KAS, Wolfgang Pordzik, gab sich wenig bescheiden: »This program is a means to prevent it (the Holocaust) from happening again.«⁴⁶ Dem AJC, wo William Trosten für das Austauschpro-

40 Ebd., S. 15f. Vgl. auch *Tempel*, Legenden von der Allmacht, S. 96–101.

41 Vgl. Gesprächsvorlage für Helmut Schmidt, Bundeskanzleramt Referat 212, 9.9.1981, BArch, B 136/29850.

42 AA Bonn, Analyse zu einem Treffen von Helmut Schmidt mit Vertretern des AJC für AA und Bundeskanzleramt, 19.3.1979, BArch, B 136/29850.

43 *Shafir*, *Ambiguous Relations*, S. 279f.

44 Wolf Calebow, Erfahrungsbericht betr. Bemühungen um die Verbesserung des Verhältnisses zu den amerikanischen Juden, 18.10.1988, S. 7f., Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP), Sankt Augustin, 01-747, Armonk-Institute/William S. Trosten (1986–1990). Ich danke Michael Mertes für die Genehmigung zur Einsicht seiner Akten im ACDP. Vgl. auch die publizierte und erweiterte Fassung des Berichts: *Wolf Calebow*, *Auf dem Weg zur Normalisierung. 15 Jahre Dialog mit amerikanischen Juden*, Berlin 1999, S. 21–24.

45 American Jewish Committee, Exchange Program for Future Leaders in the Federal Republic of Germany and of the American Jewish Community, Dezember 1982, AJC Archives, William Trosten Files, Box 2. Interessanterweise hatten die Initiatoren dieses Programms auf beiden Seiten keinerlei Erinnerung an die Zusammenarbeit in den 1950er Jahren. Vgl. Wolf Calebow, Erfahrungsbericht betr. Bemühungen um die Verbesserung des Verhältnisses zu den amerikanischen Juden, S. 7.

46 Zit. in: *Carole Coyn*, *Plurality of American Jewry a Surprise*, in: *Long Island Jewish World*, 10.–16.4.1981.

gramm verantwortlich zeichnete, ging es um die Stabilisierung der Beziehungen zur Bundesrepublik, die es als einen wichtigen Verbündeten Israels und eine Säule der Europäischen Gemeinschaft erkannte. Zudem war das Interesse des AJC an diesem Programm auch in gewisser Hinsicht pädagogisch motiviert. Durch den Dialog mit den zukünftigen Eliten der Bundesrepublik und einem sich daraus ergebenden Netzwerk erhoffte sich das AJC, zentrale Ziele hinsichtlich des Umgangs mit der NS-Vergangenheit verwirklichen zu können, nämlich Versäumnisse in Fragen der Memorialisierung, der Entschädigung der Opfer oder der Verfolgung von NS-Verbrechern aufzugreifen.⁴⁷

Wie kritisch manche amerikanische Juden den Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Bundesrepublik zu diesem Zeitpunkt tatsächlich beurteilten, zeigen die Eindrücke von Deborah Lipstadt, heute eine der prominentesten Historikerinnen für jüdische Geschichte in den USA und vor allem für ihre (juristische) Auseinandersetzung mit dem Holocaust-Leugner David Irving bekannt.⁴⁸ Lipstadt reiste im Jahr 1982 im Rahmen des AJC-KAS-Austauschprogramms nach Deutschland und berichtete davon nach ihrer Rückkehr in die USA in einem Vortrag unter dem Titel »Germany, 1982. Hiding from History?« Dort führte sie eine Reihe von Gründen an, weshalb sie die Frage, ob die Bundesrepublik »really different« vom »Dritten Reich« sei, nicht ohne Weiteres bejahen könne.⁴⁹ Als Gründe nannte sie zum Beispiel Ausländerfeindlichkeit, Kritik an Israel und Antisemitismus in der Bundesrepublik. Hauptgrund zur Skepsis war für sie aber der Umgang der Deutschen mit der NS-Vergangenheit: »When it comes to memory and history they live their lives in *einem Nebel*, a fog. [...] The older generation has repressed its memory while the younger hides from history.«⁵⁰ Diese vernichtende Analyse der bundesrepublikanischen Gesellschaft in den frühen 1980er Jahren, die auch intern im AJC heftig kritisiert wurde⁵¹, unterstreicht die Wahrnehmungsprobleme, die Anfang der 1980er Jahre das deutsch-amerikanisch/jüdische Verhältnis prägten. In einer Zeit, in der sowohl die NBC-Serie »Holocaust« eine fast schon sprichwörtliche »Betroffenheit« ausgelöst hatte, es mit den Geschichtswerkstätten und der Gedenkstättenbewegung und auch in der Geschichtswissenschaft deutliche Anzeichen für eine breite gesellschaftliche Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus gab, war es fraglich, ob man so allgemein von einem »Nebel« sprechen konnte.⁵²

Für die deutschen Teilnehmer des Programms war die Reise in die USA nicht einfach und die Begegnungen mit Holocaustüberlebenden oft »schmerzhaft und bewegend«.⁵³ Das AJC ging aber auch davon aus, dass die Gäste aus der Bundesrepublik mit erheblichen Vorurteilen in die USA reisen würden: »As Europeans and as Germans, the participants will have read a great deal about the activities of the so-called »Jewish Lobby« and the

47 Vgl. *Shafir*, *Ambiguous Relations*, S. 293–297.

48 Vgl. *Deborah E. Lipstadt*, *History on Trial. My Day in Court with David Irving*, New York 2005.

49 *Deborah E. Lipstadt*, *Germany, 1982. Hiding from History?*, ohne Datum, S. 11, AJC Archives, William Trosten Files, Box 2.

50 Ebd., S. 13 (Hervorhebung im Original).

51 Brief von Richard L. Weiss an William S. Trosten, 12.11.1982, AJC Archives, William Trosten Files, Box 2.

52 Stellvertretend sei verwiesen auf die Zeitdiagnose von *Hermann Lübke*, *Der Nationalsozialismus im deutschen Nachkriegsbewußtsein*, in: *HZ* Bd. 236, 1983, S. 579–599, hier: S. 579–583. Vgl. auch *Peter Märthesheimer/Ivo Frenzel* (Hrsg.), *Im Kreuzfeuer. Der Fernsehfilm »Holocaust«*. Eine Nation ist betroffen, Frankfurt am Main 1979.

53 *Beate Neuss*, *Vom Brückenbauen über tiefe Schluchten. Deutsche und amerikanische Juden*, in: *Deidre Berger/Jens Paulus* (Hrsg.), »A Life-Changing Experience«. 30 Jahre KAS/AJC-Austauschprogramm, S. 35–61, hier: S. 49, URL: <http://www.kas.de/wf/doc/kas_19725-544-1-30.pdf?110427115734> [25.5.2012]. Dieser Band beinhaltet weitere Aufsätze und auch Erfahrungsberichte zum AJC-KAS Austauschprogramm.

inordinate political influence of the Jewish community in the United States.«⁵⁴ Diese Vorurteile sollten in eigens dafür geplanten Seminaren entkräftet werden. Ein Mitglied der deutschen Delegation im Jahr 1982, der Historiker Michael Wolffsohn, bestätigte zugleich die Existenz dieser Vorurteile, wie auch die positive Wirkung der Bemühungen des AJC:

»Wie das AJC seine Karten vor uns sozusagen offen auf den Tisch des Hauses legte, verfehlte auf mich, wohl auch die Gruppe, den Eindruck nicht. So etwas entdämonisiert die Juden und die USA. Vielleicht wäre die Entdämonisierung noch vollständiger, wenn man die nächste Gruppe, die es hoffentlich geben wird, mit Vertretern der US-Medien diskutieren lassen würde. Die Legende von der nicht nur personellen, sondern auch inhaltlichen ›Verjudung‹ der US-Presse könnte noch besser zerstört werden.«⁵⁵

Der skizzierte Umbruch in der amerikanischen Holocaust-Erinnerung überlagerte sich noch in den 1970er Jahren mit Spannungen im transatlantischen Bündnis, die Beobachter auf beiden Seiten des Atlantiks diagnostizierten. Aus der Sicht der Bundesrepublik spielten Fragen des Ansehens hier eine große Rolle, weswegen sich deutsche Diplomaten und Politiker mit großer Aufmerksamkeit dem Deutschlandbild in den USA widmeten. Zu Beginn der 1980er Jahre schätzten sie dieses als eindeutig negativ ein. So attestierte der Leiter des Planungsstabs im AA im Februar 1982, dass eine »negative Einstellung gegenüber der Bundesrepublik Deutschland heute breite Schichten der amerikanischen Bevölkerung erfasst« habe.⁵⁶ Dies sei ein neues Phänomen für die deutsch-amerikanischen Beziehungen. Das »negative Image der Deutschen« sowie amerikakritische Stimmen in der Bundesrepublik seien zu »Fesseln unserer Außenpolitik« geworden.⁵⁷ Eine »Grundwelle des Nationalismus« habe demnach die USA unter Ronald Reagan erfasst, die auf einer grundsätzlichen Abgrenzung zur Sowjetunion bestünde und Erwägungen einer nicht mit den USA koordinierten Außenpolitik sowie jeglicher Form von Entspannungsbemühungen zutiefst ablehnend gegenüberstände.⁵⁸

Kritische Einstellungen gegenüber der Bundesrepublik nährten sich zunächst aus konkreten politischen Differenzen. Dazu zählten das »Zerwürfnis« zwischen Carter und Schmidt⁵⁹, amerikanische Skepsis gegenüber einer deutschen unabhängigen Wirtschaftspolitik, die Verankerung der Friedensbewegung in der westdeutschen Gesellschaft, Befürchtungen eines deutschen Neutralismus (die seit der Ostpolitik bestanden), aber auch wenig diplomatische Kritik in der deutschen Presse an der amerikanischen Innen- und Außenpolitik sowie an dem Präsidenten selbst (»Peanut Bauer Carter« und »Cowboy Reagan«), die in den USA als Undankbarkeit und Antiamerikanismus aufgefasst wurde.⁶⁰ Vor allem die sogenannte »successor generation« in beiden Ländern, also die Generation,

54 Brief von William S. Trosten an Alfred H. Moses, 20.4.1983, AJC Archives, William Trosten Files, Box 2.

55 Brief von Michael Wolffsohn an Bruno Heck, 10.5.1982, AJC Archives, William Trosten Files, Box 2.

56 Leiter des Planungsstabs im AA an Außenminister, Überlegungen zur Verbesserung unserer Selbstdarstellung in den US-Medien, 25.2.1982, BArch, B 136/17552 (Hervorhebung im Original).

57 Ebd. (Hervorhebung im Original).

58 Papier des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, Politische Öffentlichkeitsarbeit in den Vereinigten Staaten, 9.2.1982, BArch, B 136/17558.

59 Vgl. Klaus Wiegrefe, *Das Zerwürfnis. Helmut Schmidt, Jimmy Carter und die Krise der deutsch-amerikanischen Beziehungen*, Berlin 2005.

60 Zit. nach: Planungsstab AA, Überlegungen zur Verbesserung unserer Selbstdarstellung in den USA, 11.2.1982, BArch, B 136/17552. Zu dieser Einschätzung vgl. Fernschreiben von Botschafter Peter Hermes an AA Bonn, 4.7.1981, BArch, B 136/17551. Eine ausführliche Wertung legte auch das Presse- und Informationsamt vor: Papier des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, Politische Öffentlichkeitsarbeit in den Vereinigten Staaten, 9.2.1982, BArch, B 136/17558.

die nicht mehr durch das positive Erleben der deutsch-amerikanischen Freundschaft in der Nachkriegszeit geprägt war, stellte dieser Sichtweise zufolge das Bündnis infrage.⁶¹

Auch Helmut Schmidt nahm diese Probleme ernst.⁶² Zwar seien die Beziehungen mit der Regierung Reagan »ausgezeichnet«, jedoch teilte der Bundeskanzler die »Sorge über [die] Gefahr des Auseinanderdriftens der öffentlichen Meinung« zwischen den USA und Westeuropa. Hier musste die Bundesrepublik aufgrund ihrer Geschichte und ihrer geografischen Lage zwangsläufig im Mittelpunkt stehen. Für Abhilfe sorgen sollte im Auftrag von Schmidt die FDP-Politikerin Hildegard Hamm-Brücher, Staatsministerin im AA, die sich seit den späten 1970er Jahren um eine Intensivierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den USA unterhalb der Regierungsebene einsetzte.⁶³ Als erster »Kordinator [sic] für die deutsch-amerikanische zwischengesellschaftliche, kultur- und informationspolitische Zusammenarbeit« engagierte sie sich unter anderem für die Intensivierung des Personenaustauschs, von politischen Kontakten, von Begegnungen zwischen zukünftigen Führungspersonlichkeiten der »successor generation«, für den Ausbau des Netzwerks der Goethe-Institute und für eine größere Präsenz der Bundesrepublik in den amerikanischen Medien, vor allem im Fernsehen.⁶⁴

Neben den Spannungen, die aus konkreten politischen, wirtschaftlichen und auch generationellen Faktoren resultierten, rückten auch die Massenmedien in das Blickfeld der deutschen Beobachter, da sich dort das »Negativ-Image« der Bundesrepublik in den USA besonders deutlich niederschlagen schien beziehungsweise erst produziert wurde.⁶⁵ Statt positiver Bezugspunkte dominierten hier Assoziationsmuster, die aus deutscher Sicht höchst unwillkommen waren. Der Planungsstab des AA stellte lapidar fest: »Unser Land und Volk regen amerikanische Phantasie und amerikanisches Interesse kaum an, jedenfalls nicht im Positiven: das Farbige an uns ist unsere Nazivergangenheit.«⁶⁶ Auch amerikanische Beobachter, wie zum Beispiel der Diplomat William R. Smyser, sahen in der NS-Vergangenheit eine große Belastung, die die Bundesrepublik im Verhältnis zum Westen »äußerst verwundbar« machte.⁶⁷ Obwohl junge Deutsche die Verbrechen des Nationalsozialismus »schärfstens« verurteilten, seien »viele Amerikaner jedoch [...] sich der deutschen Nazivergangenheit noch sehr bewußt«.⁶⁸

Um diesem Problem zu begegnen, schlug der Planungsstab des AA eine Reihe von Maßnahmen vor, die auf eine Verbesserung der Medienpräsenz in den USA zielten, un-

61 Die Konferenz »The Successor Generation in Europe« (29. April bis 1. Mai 1982, Columbia University) beschäftigte sich unter anderem mit der negativen Auswirkung deutscher Amerikakritik der jüngeren Generation auf die deutsch-amerikanischen Beziehungen. Vgl. den Bericht von Botschafter Peter Hermes an AA Bonn, US-Konferenz über »Nachfolgeneration«, 4.5.1982, BArch B, 136/17552; Fernschreiben der Botschaft Washington an AA Bonn, 30.4.1981, BArch, B 136/17557; sowie den Beitrag von Reinhild Kreis in diesem Band.

62 Vgl. den Sprechzettel für das Treffen von Helmut Schmidt mit der deutsch-amerikanischen Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag am 11. Februar 1982, ohne Datum, BArch, B 136/17552.

63 Zu ihren Aufgaben vgl. Brief von Hildegard Hamm-Brücher gleichlautend an alle Parteivorsitzenden, 12.8.1981, BArch, B 136/17557.

64 Vgl. Vorlage für Bundeskanzler, Deutsch-amerikanische Beziehungen unterhalb der Regierungsebene, 31.8.1981, BArch, B 136/17557, und Vorlage für Bundeskanzler, Deutsch-amerikanische Beziehungen unterhalb der Regierungsebene, 25.9.1981, BArch, B 136/17557. Hamm-Brücher schlug eine Reihe von »Sofortmaßnahmen« für die Jahre 1982/83 vor: Übersicht über geplante Sofortmaßnahmen 1982/83 zur Intensivierung der deutsch-amerikanischen Kulturbeziehungen, BArch, B 136/17557.

65 Planungsstab AA, Überlegungen zur Verbesserung unserer Selbstdarstellung in den USA, 11.2.1982, S. 4, BArch, B 136/17552.

66 Ebd.

67 William R. Smyser, Deutsch-amerikanische Beziehungen, Bonn 1980, S. 20.

68 Ebd., S. 64f.

ter anderem die Schaffung von positiven, »emotional wirksame[n] Gesten und Zeichen«, um die Bundesrepublik in einem günstigeren Licht erscheinen zu lassen. Diese sollten möglichst fernsehtauglich konzipiert werden, um den Geschmack des amerikanischen Massenpublikums zu treffen, das man zusätzlich zu »neutraler« Berichterstattung auch ganz explizit über Emotionen erreichen wollte.⁶⁹ Zu diesem Zeitpunkt stand für die deutschen Beobachter demnach außer Frage, dass das unerwünschte Deutschlandbild in der amerikanischen Öffentlichkeit die außenpolitische Handlungsfähigkeit der Bundesrepublik beeinträchtigen würde, ja sogar zur »Fessel der Außenpolitik« geworden war.

II. DIE GESCHICHTSPOLITIK HELMUT KOHLS UND JÜDISCHE ORGANISATIONEN IN DEN USA – EIN UNAUSWEICHLICHER KONFLIKT?

Mit dem Beginn der Kanzlerschaft von Helmut Kohl kam es zu einem Wandel in den deutsch-amerikanisch/jüdischen Beziehungen. Hier überlagerten sich mehrere zentrale politische Anliegen Kohls: die Verbesserung der »Vertrauensbasis« zwischen Deutschland und den USA und das Streben nach einer »balancierten Ausgewogenheit«, was den Umgang mit der deutschen Geschichte, insbesondere der des Nationalsozialismus anging.⁷⁰ Beides sollte die Bundesrepublik international zum gleichberechtigten Partner machen. Zugleich stellten diese Anliegen zwei Grundpfeiler der Außen- und Innenpolitik Kohls dar. Für ihn war das deutsch-amerikanische Bündnis eine unersetzliche Garantie für Sicherheit und Wohlstand der Bundesrepublik. Darüber hinaus forcierte er die Schaffung von positiven Bezugspunkten zur deutschen Geschichte und betrieb – wie kein deutscher Kanzler vor ihm – Geschichtspolitik, eine zentrale Komponente der von ihm angekündigten »Wende«.⁷¹ Er ließ keinen Zweifel daran, wie wichtig ihm die »Besinnung auf die deutsche Geschichte« war, die er in seiner Regierungserklärung von 1982 als elementaren Bestandteil der notwendigen »Erneuerung« bezeichnete.⁷² Noch in seinen Memoiren hielt Kohl fest: »Die Zeitgeschichte als Verantwortungsfeld der Bundesregierung zu erkennen und ernst zu nehmen[,] war mein ganz besonderes Anliegen.«⁷³

Die erste Hälfte der Ära Kohl gilt demnach als Phase der regierungsamtlichen Geschichtspolitik, in der der promovierte Historiker Kohl den Umgang mit der Geschichte zur Chefsache machte. Eine »Rückkehr der Geschichte« in der Bundesrepublik hatte schon zuvor eingesetzt, an die Kohl nun anknüpfte und die er vorantrieb.⁷⁴ Allerdings waren die ersten Ansätze einer Neuverortung der deutschen Geschichte, vor allem der des Nationalsozialismus, von einer Reihe von Skandalen und Kontroversen begleitet. Diese entzündeten sich unter anderem an den Plänen Kohls für eine zentrale Gedenkstätte für deutsche Kriegstote in Bonn, den Plänen für zwei Museen für deutsche Geschichte (dem Haus der Geschichte der Bundesrepublik und dem Deutschen Historischen Museum), aber auch an seinem durchaus provokant inszenierten Staatsbesuch in Israel 1984.⁷⁵ Dort attestierte Kohl sich nicht nur die »Gnade der späten Geburt«, sondern hatte auch den

69 Planungsstab AA, Überlegungen zur Verbesserung unserer Selbstdarstellung in den USA, 11.2.1982, S. 7, BAArch, B 136/17552 (Hervorhebung im Original).

70 *Wirsching*, Abschied vom Provisorium, S. 564 und 474.

71 *Wolfrum*, Geschichtspolitik, S. 354f.

72 Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 13. Oktober 1982 vor dem Deutschen Bundestag in Bonn, Koalition der Mitte. Für eine Politik der Erneuerung, in: Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung Nr. 93/1982, S. 853–868.

73 *Helmut Kohl*, Erinnerungen. 1982–1990, München 2005, S. 626.

74 *Wirsching*, Abschied vom Provisorium, S. 473.

75 Vgl. *Bergmann*, Antisemitismus in öffentlichen Konflikten, S. 385–391; *Dubiel*, Niemand ist frei von der Geschichte, S. 200–206, und auch die Debatte im Deutschen Bundestag, 10. Wahlperiode, 53. Sitzung, 9.2.1984, S. 3725–3729.

ehemaligen Nationalsozialisten und rechtskonservativen Publizisten Kurt Ziesel in seine Delegation berufen. Auch wenn es wohl keinen Masterplan für die Geschichtspolitik einer »geistig-moralischen Wende« gegeben hat⁷⁶, waren Kohls Initiativen doch von der Suche nach Normalisierung im Verhältnis zur deutschen Geschichte geprägt, also der Möglichkeit, sich mit ihr »positiv identifizieren« zu können.⁷⁷ Neben einer Neuverortung der NS-Zeit – im heftigen Konflikt mit dem linksorientierten Spektrum in der Bundesrepublik – und der Aufhebung der Sonderstellung im internationalen Rahmen, zeichnete sich Kohls Geschichtspolitik auch durch die Tendenz aus, eine deutliche Trennungslinie zwischen Tätern und Opfern des NS-Regimes einebnen zu wollen.⁷⁸ Dies wurde zum Beispiel im Zuge der Debatten um die zentrale Gedenkstätte und die Bitburg-Affäre zum Politikum.⁷⁹

Aus dieser Sicht erschienen die zunehmende Präsenz des Holocaust im öffentlichen Bewusstsein und die eindeutige Differenzierung zwischen Opfern und Tätern des Nationalsozialismus in den USA als politisches Problem. Dabei musste es zwangsläufig zu einem Spagat kommen, da Kohl und sein Beraterumfeld einerseits die Beschäftigung mit dem Holocaust in den USA langfristig zurückdrängen wollten, andererseits aber amerikanisch-jüdische Organisationen und Publizisten als Schlüssel zur öffentlichen Meinung in den USA sahen. Diese rechnete die Regierung Kohl einem Lager zu, das der Bundesrepublik besonders kritisch gegenüberstand, mit dem sie sich aber irgendwie arrangieren musste.⁸⁰

Nach Ansicht Kohls sollte die NS-Vergangenheit bei dem Kontakt zu amerikanisch-jüdischen Organisationen eine möglichst geringe Rolle spielen. Bereits im November 1982, als soeben erst gewählter Kanzler, suchte Kohl das Gespräch und teilte bei einem Treffen mit Vertretern der größten jüdischen Organisationen in den USA mit, wie er und seine Regierung sich zur NS-Vergangenheit stellen würden: Er sehe sich dem Erbe Adenauers und der Freundschaft Israels gegenüber verpflichtet, sei aber »the first German Chancellor from the post-war generation and [...] can speak and act free of any pre-war tradition«.⁸¹ Darüber hinaus betonte er, dass sich in seiner Familie keine Nazis befunden hätten. Diese Verlautbarung, die Kohl bekanntlich 1984 in Israel mit dem Hinweis auf die »Gnade der späten Geburt und das Glück eines besonderen Elternhauses« noch prägnanter formulieren sollte, konnte als Plädoyer für einen Schlussstrich unter die NS-Vergangenheit gedeutet werden.⁸² Zu diesem Zeitpunkt bemühte sich Kohl also um den direkten Kontakt mit amerikanisch-jüdischen Verbänden, versuchte ihnen gegenüber aber den Traditionsbruch zwischen »Drittem Reich« und der Bundesrepublik deutlich zu machen. Als vorrangige Lehre aus der NS-Vergangenheit betonte er die besondere Verantwortung gegenüber Israel. Die öffentliche Thematisierung der Geschichte des Nationalsozialismus und des Holocaust war aus dieser Perspektive aber unerwünscht. In dieser Position manifestierte sich eine weitere Grundkonstante der Geschichtspolitik Kohls: die Annahme, dass die NS-Vergangenheit bewältigt sei und die Bundesrepublik die »richtigen« Lehren aus ihr gezogen habe.⁸³ Das Bekenntnis zu Israel wurde so zur Ersatzhandlung, die das

76 Vgl. *Seuthe*, »Geistig-moralische Wende«?, S. 310.

77 So drückte es Karl Carstens, ebenfalls dem Lager der »Wende« zugerechnet, auf dem 34. Deutschen Historikertag 1982 in Münster aus. Zit. nach: *Tim Szatkowski*, Karl Carstens. Eine Politische Biographie, Köln/Weimar etc. 2007, S. 359.

78 *Seuthe*, »Geistig-moralische Wende«?, S. 62; *Wirsching*, Abschied vom Provisorium, S. 475.

79 *Moller*, Die Entkonkretisierung, S. 31–39.

80 Vgl. *Clemens*, Kohl's Image, S. 185.

81 Zit. nach Memorandum von Nathan Perlmutter an Kenneth J. Bialkin, 16.11.1982, BAArch, B 136/29854. Vgl. auch *Kohl*, Erinnerungen, S. 64, und *Shafir*, Ambiguous Relations, S. 294f.

82 Vgl. unter anderem *Dubiel*, Niemand ist frei von der Geschichte, S. 200–206. Dagegen: *Michael Mertes*, Helmut Kohl's Legacy for Germany, in: *The Washington Quarterly* 25, 2002, S. 67–82, hier: S. 75f.

83 Vgl. *Kirsch*, »Wir haben aus der Geschichte gelernt«, S. 84.

Sprechen über den Holocaust überflüssig machen sollte. Kohls jüdische Gesprächspartner nahmen die Zusicherung der Verantwortung für die Sicherheit Israels zufrieden auf und zeigten sich insgesamt positiv beeindruckt von Kohl. Sie setzten große Hoffnungen darauf, dass er die Beziehungen zu Israel ausbauen und das Land möglichst bald besuchen würde.⁸⁴

Dass sich die Bundesregierung hier jedoch auf sehr dünnem Eis bewegte, zeigte sich exemplarisch am Konflikt über mögliche bundesdeutsche Waffenlieferungen an Saudi-Arabien im Jahr 1984. An diesem Beispiel wird deutlich, wie groß die Hypothek des Holocaust für die deutsche politische Handlungsfähigkeit und die außenpolitische Reputation in den USA war. Ein veritabler Konflikt mit amerikanisch-jüdischen Organisationen entzündete sich Anfang des Jahres an der Frage, ob die Bundesrepublik – so wie andere westliche Staaten, zum Beispiel die USA, Frankreich oder Großbritannien – Waffen für den Verteidigungsfall an Saudi-Arabien liefern dürfe. Ursprünglich bereits von Helmut Schmidt erwogen, hatte Kohl diese Möglichkeit im Oktober 1983 während eines Staatsbesuchs im Nahen Osten erneut erörtert. Die Lieferung von Angriffswaffen, insbesondere Leopard 2-Panzern, hatte er aber ausgeschlossen.⁸⁵ Neben wirtschaftlichen Interessen an diesem Rüstungsgeschäft ging es hierbei laut der Argumentation der Bundesregierung unter anderem um einen Beitrag zur Stabilisierung der Region, zum Beispiel um einer Bedrohung durch den Iran vorzubeugen, eine direkte Gefährdung Israels durch deutsche Waffen sei nicht gegeben.⁸⁶

Amerikanisch-jüdische Interessenverbände standen diesen Überlegungen entschieden ablehnend gegenüber.⁸⁷ So schaltete zum Beispiel das »American Gathering of Jewish Holocaust Survivors«, die größte Vereinigung von Holocaustüberlebenden in den USA, am 20. Januar 1984 eine Anzeige in der New York Times unter dem Titel »How many Jews will German weapons kill this time?«⁸⁸ Diese Anzeige rief Kohl und Verteidigungsminister Manfred Wörner dazu auf, keine Waffen, insbesondere keine Leopard 2-Panzer, an Saudi-Arabien zu liefern. Die Wahl des 42. Jahrestags der Wannseekonferenz für die Veröffentlichung der Anzeige war kein Zufall, da die Vereinigung explizit den Zusammenhang zwischen deutschen Waffengeschäften mit Feinden Israels und dem Holocaust herstellen wollte. So hielt die Anzeige fest: »Today, the new, democratic Germany is in danger of following the old Germany's footsteps.«⁸⁹ Und dies war kein Einzelfall. Auch der prominente Autor und Holocaustüberlebende Elie Wiesel bezeichnete in diesem Zusammenhang die Bundesrepublik als »merchant of death« und die Deutschen als »people without memories«.⁹⁰

Von deutscher Seite befürchtete man, dass genau diese Art von Appellen die Stellung der Bundesrepublik – und somit die Vertrauensbasis – in den USA beschädigen würde. Da für März 1984 ein Staatsbesuch Kohls in den USA geplant war, konnte das Kanzleramt die Kritik an der bundesrepublikanischen Rüstungspolitik, die ganz explizit den fun-

84 Brief von Kenneth J. Bialkin an Helmut Kohl, 17.11.1982, BArch, B 136/29854.

85 Dieses Geschäft wurde – dies sein nur nebenbei bemerkt – von der Regierung Merkel im Jahr 2011 beschlossen. Vgl. Schelte von Schmidt, in: Der SPIEGEL, 23.4.2012.

86 Brief von Horst Teltschik an Kenneth J. Bialkin und Abraham H. Foxman, 9.1.1984, BArch, B 136/29854.

87 So hatte zum Beispiel das AJC bereits im Jahr 1981 bei der Botschaft Washington gegen dieses Rüstungsgeschäft zu intervenieren versucht. Vgl. den Brief von Hyman Bookbinder an Peter Hermes, 22.1.1981, AJC Archives, William Trosten Files, Box 2. Vgl. Marc H. Tanenbaum, Germany's Arms Sales to Saudi Arabia is Morally Unbearable, 22.1.1984, ebd.

88 American Gathering of Jewish Holocaust Survivors, How many Jews will German weapons kill this time? [Anzeige], in: New York Times, 20.1.1984.

89 Ebd.

90 Elie Wiesel, People Without Memories, in: Jewish Chronicle, 24.2.1984. Vgl. Brief von Alois Mertens an Elie Wiesel, 27.8.1984, AJC Archives, William Trosten Files, Box 4.

damentalen Wandel seit 1945 infrage stellte, nicht ignorieren. In den USA (und auch in Kanada) drohten die organisierten Überlebenden der NS-Konzentrationslager mit massiven öffentlichen Protesten gegen den Gast aus der Bundesrepublik. Im Vorfeld des Staatsbesuchs nahm Botschafter Hermes eine ambivalente Haltung ein. Einerseits bekannte er sich bei einem Vermittlungsgespräch mit Vertretern der Überlebenden zu der von Theodor Heuss postulierten »kollektiven Scham« der Deutschen für die Verbrechen des NS-Regimes und bedauerte, dass aufgrund der emotionalen Aufladung ein »normales« Gespräch zwischen Deutschen seiner Generation und Holocaustüberlebenden nie möglich sein werde.⁹¹ An das Bundeskanzleramt jedoch appellierte der Botschafter intern, die Proteste der Überlebenden aus anderen Gründen ernst zu nehmen. Hier ging es nicht um moralische Verpflichtung, sondern eindeutig um politisches Kalkül. Der Bundeskanzler müsse sich dringend während seines Staatsbesuchs im März 1984 mit Vertretern der Überlebenden treffen: Das »American Gathering of Jewish Holocaust Survivors«

»verfügt ueber das grosste politische potential, um auf die amerikanische oeffentliche meinung einfluss zu nehmen und zu spontanen aktionen, protesten und demonstrationen aufzurufen. [...] ich habe keinen zweifel, dass ein nicht-zustandekommen des gespraechs mit bk [Bundeskanzler] nachteilige auswirkung nicht nur auf das deutsch-juedische, sondern auch auf das deutsch-amerikanische verhaeltnis haben wird.«⁹²

Aus deutscher Sicht erschienen die Ängste der amerikanischen Juden zwar irrational und ungerechtfertigt, jedoch wurden sie als Faktor in die Überlegungen einbezogen, weil man ihren Einfluss auf die Gestaltung der öffentlichen Meinung fürchtete. Der Logik des Botschafters zufolge musste die Bundesregierung deren Opposition ernst nehmen, um Schaden von den deutsch-amerikanischen Beziehungen abzuwenden.

Am 5. März 1984 traf Kohl daher im Anschluss an ein Gespräch mit Reagan mit Vertretern der größten amerikanisch-jüdischen Organisationen und von Holocaustüberlebenden zusammen.⁹³ Der Bundeskanzler bemühte sich, deren Sorgen um die Sicherheit Israels zu entkräften. Obgleich das Kanzleramt befürchtete, dass »jüdische Gesprächspartner *rein emotional* reagieren und rationalen Argumenten nicht zugänglich« sein würden, basierten die Gesprächsvorlagen für Kohl doch auf ganz rationalen Argumenten. Die »jüdische Argumentation« vom »zweite[n] Holocaust« und das »moralische Argument« gegen die Waffenlieferung an Saudi-Arabien seien eben nicht zulässig, da die Waffensysteme weder von Saudi-Arabien für einen Offensivkrieg gegen Israel verwendet werden, noch aus logistischen Gründen an andere Staaten weitergegeben werden könnten.⁹⁴ Die Planungsphase dieser Gespräche beinhaltete aber noch ein anderes – mit dem Warnhinweis »Mit Vorsicht!« versehenes – Argumentationsmuster, das gegen die Parteinahme amerikanischer Juden für Israel gerichtet war. Kohl hatte bereits in einer Regierungserklärung am 9. Februar 1984 zu seiner umstrittenen Israelreise dafür plädiert, Drittstaaten nicht in die Erörterung von Fragen des deutsch-israelischen Verhältnisses einzubeziehen.⁹⁵ Darüber hinaus erwog das Kanzleramt aber nun auch, die jüdischen Gesprächspartner darauf hinzuweisen, dass gegenüber der deutschen Bevölkerung der Eindruck verhindert werden müsse, »daß die *USA hier von Israel zum Knüppel gegen uns benutzt* werden«, da dies die

91 Minutes [Protokoll], Meeting with representatives of the American Gathering of Jewish Holocaust Survivors, 13.2.1984, BArch, B 136/30019.

92 Fernschreiben von Peter Hermes an AA Bonn und Chef des Bundeskanzleramts, 10.2.1984, BArch, B 136/30019.

93 Steven R. Weisman, Reagan and Kohl Discuss Soviet Parley, in: New York Times, 6.3.1984. Vgl. auch die Teilnehmerliste für das Gespräch mit Vertretern jüdischer Organisationen, ohne Datum, BArch, B 136/30019.

94 Gesprächsvorschlag zu möglichen Rüstungslieferungen an Saudi-Arabien, ohne Datum, BArch, B 136/30019 (Hervorhebung im Original).

95 Deutscher Bundestag, 10. Wahlperiode, 53. Sitzung, 9.2.1984, S. 3729.

»Vorzugsbehandlung Israels« gefährde.⁹⁶ Hier überlegte man im Kanzleramt also, den Vertretern amerikanisch-jüdischer Organisationen zu vermitteln, dass ihre politischen Bemühungen um die Sicherheit Israels eben gerade diese in Gefahr brachte. Denkt man diesen Gedanken weiter, so ist man nicht weit von dem antisemitischen Topos entfernt, wonach Juden letztendlich selbst für antijüdische Handlungen verantwortlich seien.⁹⁷ Dass dieses Argument zum Einsatz gebracht wurde, ist unwahrscheinlich, dennoch unterstreicht es, wie umkämpft das Terrain war. Kohls Gesprächspartner bewerteten das Treffen jedenfalls mit gemischten Gefühlen: Zwar sahen sie es als Erfolg, dass Kohl den Verkauf von Leopard 2-Panzer kategorisch ausgeschlossen hatte, dennoch bedauerten sie, dass er das Waffengeschäft mit Saudi-Arabien grundsätzlich nicht aufgeben wollte.⁹⁸

Nur wenige Wochen später wies Botschafter Hermes allerdings erneut mit Nachdruck darauf hin, dass man sich in der Bundesrepublik dauerhaft auf die öffentliche Präsenz der Holocaust-Erinnerungen in den USA, sei es durch politische Debatten im Zusammenhang mit Israel, Gedenkveranstaltungen oder Museen, einstellen müsse:

»DIE AMERIKANISCHE OEFFENTLICHKEIT, GANZ ABGESEHEN VON REGIERUNG UND KONGRESS, TRITT DEM HEUTIGEN DEUTSCHLAND IM WESENTLICHEN MIT SYMPATHIEN UND POSITIV GEGENUEBER. NICHT UEBERSEHEN WERDEN DARF JEDOCH, DASS DIE *SCHRECKLICHE HOLOCAUST-THEMATIK HIER FUER GENERATIONEN – SCHON ALLEIN DURCH DIE HOLOCAUST-MUSEEN – MIT DEN DEUTSCHEN VERBUNDEN BLEIBT UND ANTIDEUTSCHEN GEFUEHLEN IMMER WIEDER NAHRUNG GEBEN WIRD. ASSOZIATIONEN ZWISCHEN UNLIEBSAMEM VERHALTEN UND DER VERGANGENHEIT SIND SCHNELL GEMACHT. HIERAN WERDEN WIR DURCH OEFFENTLICHKEITSARBEIT UND WIEDERGUTMACHUNG NUR BEGRENZT ETWAS AENDERN KOENNEN. WIR MUESSEN DAMIT ZURECHTKOMMEN, HIER UND IN ISRAEL WAHRSCHNEINLICH BEWUSSTER ALS ANDERSWO.*«⁹⁹

In diesem Zusammenhang war es daher für die Bundesregierung umso wichtiger, im AJC einen Gesprächspartner zu haben, der die NS-Analogien für kontraproduktiv hielt.¹⁰⁰ Dass es polemische Äußerungen wie die von Wiesel ablehnte, der die Bundesrepublik als »merchant of death« bezeichnet hatte, machte das AJC gegenüber dem Staatsminister im AA, Alois Mertes (CDU), deutlich.¹⁰¹ Gegen Ende des Jahres resümierte auch der neue Botschafter in Washington, Günther van Well, dass der Dialog mit amerikanisch-jüdischen Organisationen dringend intensiviert werden müsste, auch um die deutsch-amerikanischen Beziehungen im Allgemeinen zu schützen.¹⁰² Er wies darauf hin, dass die Holocaust-Erinnerung in den USA zu diesem Zeitpunkt vor allem zwei für die Bundesrepublik relevante Formen angenommen hatte: zum einen die mit dem Ableben von ehemaligen KZ-Häftlingen immer weniger bedeutend werdende Frage nach der materiellen Entschädigung; zum anderen eine politische Dimension, wonach die Bedeutung des Holocaust

96 Gesprächsvorschlag zu möglichen Rüstungslieferungen an Saudi-Arabien, ohne Datum, S. 3, BArch, B 136/30019 (Hervorhebung im Original).

97 Ein prominentes Beispiel ist die »Affäre Möllemann«, vgl. Benz, Was ist Antisemitismus?, S. 146–154, insb. S. 146.

98 Weisman, Reagan and Kohl Discuss Soviet Parley.

99 Fernschreiben von Botschafter Peter Hermes an AA Bonn, 9.4.1984, BArch, B 136/33866 (Hervorhebungen durch das Bundeskanzleramt).

100 Das AJC war zudem zu diesem Zeitpunkt nicht Mitglied der »Conference of Presidents of Major American Jewish Organizations«, die sich unter anderem als Fürsprecher israelischer Interessen in den USA verstand. Vgl. Wolf Calebow, Erfahrungsbericht betr. Bemühungen um die Verbesserung des Verhältnisses zu den amerikanischen Juden, 18.10.1988, S. 6, ACDP, 01-747, Armonk-Institute/William S. Trosten (1986–1990).

101 Brief von Marc H. Tanenbaum an Alois Mertes, 11.9.1984, AJC Archives, William Trosten Files, Box 4.

102 Fernschreiben von Günther van Well an AA Bonn u. Chef des Bundeskanzleramts etc., 3.11.1984, BArch, B 136/30522.

für die jüdische Identität in den USA in Zukunft immer größer werden würde. Was die Folgen für die Bundesrepublik anging, machte van Well eine bemerkenswerte Voraussage. Er hielt fest, dass »DIE GEISTIGE AUFARBEITUNG DER NS-VERFOLGUNG DER JUDEN IN DEN USA, [...] – UM 30 JAHRE VERSPAETET – UNS DEUTSCHE ERNEUT IN EINE PHASE DER GESCHICHTSBEWAELTIGUNG HINEINZWINGT.«¹⁰³ Aus Sicht der Bundesregierung, der es um eine Reduzierung der Relevanz der Holocaust-Erinnerung für das bundesrepublikanische Geschichtsverständnis ging, musste dies eine höchst unwillkommene Prognose sein.

Gegen Ende des Jahres 1984 hatten Vertreter der Bundesrepublik in den USA also verstanden, dass dort die Präsenz des Holocaust im öffentlichen Bewusstsein deutlich zugenommen hatte. Öffentlich ausgetragene Kontroversen, aber auch der auf den Holocaust bezogene Unterricht und Pläne für Museen führten aus ihrer Perspektive zwangsläufig dazu, dass das Bild Deutschlands als Land der Täter in der amerikanischen Öffentlichkeit perpetuiert wurde und zuweilen ganz explizite Vergleiche zwischen dem Verhalten der Bundesrepublik und dem »Dritten Reich« gezogen wurden. Solidaritätsbekundungen für Israel reichten nicht aus, um die Erwartungen der amerikanischen Juden hinsichtlich des bundesdeutschen Umgangs mit der NS-Vergangenheit zu erfüllen.

III. DIE BITBURG-AFFÄRE: TIEF- UND WENDEPUNKT DER DEUTSCH-AMERIKANISCH/JÜDISCHEN BEZIEHUNGEN

Der Konflikt über die Bedeutung der NS-Vergangenheit für die politische Kultur erlebte seinen Höhepunkt in der öffentlichen Kontroverse um den Bitburg-Besuch Ronald Reagans. Auf dem dortigen Soldatenfriedhof Kolmeshöhe wollte Kohl am 5. Mai 1985 – also nur wenige Tage vor dem 40. Jahrestag der Kapitulation des »Dritten Reichs« – mit dem US-Präsidenten der Gefallenen des Zweiten Weltkriegs beider Seiten gedenken. Das Ereignis sollte an die gemeinsame Gedenkfeier von Kohl und François Mitterrand in Verdun vom Jahr zuvor für die Toten des Ersten Weltkriegs angelehnt sein.¹⁰⁴ Bei der Planung des Bitburg-Besuchs war zunächst nicht bekannt gewesen, dass dort keine Gefallenen beider Seiten – wie in Verdun – begraben liegen, dafür aber Mitglieder der Waffen-SS, die sich zum Teil an Kriegsverbrechen beteiligt hatten. Im Verlauf der Kontroverse um Bitburg wurde offensichtlich, dass dieser Ort aufgrund seiner symbolischen »Überfrachtung« für die anvisierte Versöhnungsgeste vollkommen ungeeignet war.¹⁰⁵

Die als mediales Großereignis geplante Zeremonie in Bitburg sollte die Geschlossenheit der beiden Bündnispartner im Kalten Krieg demonstrieren, zu der sich Reagan im November 1984 nicht zuletzt aus Dankbarkeit für die Unterstützung Kohls bei der Nachrüstung bereit erklärt hatte.¹⁰⁶ Aber sie war auch ein Versuch beider Seiten, »die Last der NS-Vergangenheit in den Hintergrund treten zu lassen« und einer diesbezüglich motivierten Kritik an der Politik der Bundesregierung den Wind aus den Segeln zu nehmen.¹⁰⁷ Im Weißen Haus war man sich bewusst, dass Kohl hier – an einem symbolischen Ort zu einem symbolischen Zeitpunkt – der Supermacht USA auf Augenhöhe begegnen und die Vergangenheit »begraben« (»burying the past«) wollte.¹⁰⁸

103 Ebd.

104 Dies war auch explizit Reagans Wille. Vgl. die Unterlagen zur Vorbereitung einer Pressekonferenz von Ronald Reagan bez. Bitburg, ohne Datum, Ronald Reagan Presidential Library (Reagan Library), Simi Valley, CA, James Rentschler Files, Box 90417.

105 *Wirsching*, Abschied vom Provisorium, S. 478–480, Zitat auf S. 478.

106 *Seuthe*, »Geistig-moralische Wende«, S. 51f.

107 *Kirsch*, »Wir haben aus der Geschichte gelernt«, S. 92.

108 United States Information Agency (USIA), Memorandum of Conversation, 24.4.1985, Reagan Library, James Rentschler Files, Box 90417.

Sowohl in der Bundesrepublik als auch in den USA kam es im Vorfeld zu heftigen öffentlichen Debatten. Für Reagan markierte die Affäre die »tiefste Krise seiner Amtszeit«, in der Bundesrepublik wurde sie zum Symbol des Scheiterns der Geschichtspolitik Kohls.¹⁰⁹ Tatsächlich wurde die »Bitburg-Affäre« aber auch zum Tief- und Wendepunkt der deutsch-amerikanisch/jüdischen Beziehungen in den 1980er Jahren. Deutsche Diplomaten verfolgten die Debatten in den USA genau und vermaßen deren Auswirkungen auf die deutsch-amerikanischen Beziehungen und die Stellung der Bundesrepublik im transatlantischen Bündnis. Besonderes Gewicht legten sie in diesem Kontext auf die Rolle amerikanisch-jüdischer Organisationen.

Die Diskussion über Reagans Staatsbesuch in Deutschland schwelte schon eine ganze Weile vor Beginn der eigentlichen Kontroverse um Bitburg. Im Januar hatte Reagan entgegen ursprünglich anderen Plänen verkündet, dort keine KZ-Gedenkstätte besuchen zu wollen, um die deutsche Bevölkerung nicht unnötigerweise mit der NS-Vergangenheit zu konfrontieren.¹¹⁰ Der öffentliche Protest in den USA begann mit der Bekanntgabe von Reagans Reiseplan am 11. April und spitzte sich Mitte des Monats zu, als bekannt wurde, dass Soldaten der Waffen-SS in Bitburg begraben lagen. Zudem sorgte Reagan mit unbedachten Äußerungen – zum Beispiel bezeichnete er am 18. April die deutschen Soldaten als »victims, just as surely as the victims in the concentration camps«¹¹¹ – zusätzlich für Spannungen. Von vielen Seiten wurde er aufgefordert, die Einladung Kohls auszuschlagen. Die öffentliche Auseinandersetzung in den USA kulminierte am 19. April im Appell Elie Wiesels bei der Verleihung der »Congressional Gold Medal of Achievement«, der höchsten zivilen Auszeichnung der USA, Reagans »Platz« sei bei den Opfern der SS und nicht bei der SS selbst.¹¹² Dass die beiden Regierungschefs am selben Tag nachträglich auch noch einen Besuch der Gedenkstätte Bergen-Belsen in ihr Programm einbauten¹¹³, konnte den Protest nicht besänftigen, da diese Entscheidung rein politisch motiviert erscheinen musste. Für heftige Reaktionen sorgte auch ein offener Brief des Unionsfraktionsvorsitzenden Alfred Dregger (CDU) an den US-Senat, der eine Rücknahme des Besuchs des Friedhofs als »Beleidigung« für die deutschen Gefallenen bezeichnete, die in der großen Mehrzahl anständig gewesen seien.¹¹⁴ Auch sah Dregger »Mächte« am Werk, die die Erinnerung an den 8. Mai dazu missbrauchen wollten, das deutsch-amerikanische Bündnis zu unterminieren.

Reagans PR-Berater zerbrachen sich den Kopf darüber, wer an dem Mediendebakel Schuld trage.¹¹⁵ Es seien wohl vor allem Reagans Worte, insbesondere die Gleichsetzung der deutschen Gefallenen mit den Opfern des NS-Regimes gewesen, aber auch Kohls Mitarbeiter seien bei der Vorbereitung des Besuchs schlampig vorgegangen, da sie im Vorfeld die Frage »if there were any Nazis in the cemetery« explizit verneint hätten. Zwar hatten Kohl und Reagan in einem Telefonat am 23. April entschieden, an der Station in Bitburg festzuhalten, Reagans Berater hofften aber dennoch, dass Kohl die Einladung doch noch zurückziehen würde.¹¹⁶ Für diesen Fall war bereits eine Erklärung vorbereitet, die das Scheitern der Versöhnungsgeste im Angesicht des massiven öffentlichen Wider-

109 *Mentel*, Bitburg-Affäre, S. 53. Vgl. auch *Kießling*, Täter repräsentieren, S. 224.

110 *Lipstadt*, The Bitburg Controversy, S. 22f.

111 Zit. nach: ebd., S. 26.

112 Ebd., S. 29.

113 Hier hielt Kohl wenige Wochen vor »Bitburg« eine Rede, in der er sich explizit mit der Erinnerung an die Opfer des NS-Regimes beschäftigte, die aber aufgrund der Bitburg-Kontroverse wenig Aufmerksamkeit erfuhr. Vgl. *Christina Morina*, Legacies of Stalingrad. Remembering the Eastern Front in Germany since 1945, Cambridge 2011, S. 226f.

114 Zit. nach: *Reichel*, Politik mit der Erinnerung, S. 283, und *Levkov*, Bitburg and Beyond, S. 95.

115 USIA, Memorandum of Conversation, 24.4.1985, Reagan Library, James Rentschler Files, Box 90417.

116 Memorandum von Charles Z. Wick an Robert F. McFarlane, 24.4.1985, ebd.

stands eingestand.¹¹⁷ Im Weißen Haus war man sich genau bewusst, dass sich die Heftigkeit der Diskussion um Bitburg auch dadurch erklären ließ, dass hier eine bestimmte Interpretation der Geschichte des ›Dritten Reichs‹ legitimiert und vermittelt werden sollte, die für viele Amerikaner (und Deutsche) inakzeptabel war. So erklärte Marshall Jordan Breger, im Weißen Haus unter anderem für Beziehungen zu jüdischen Organisationen zuständig, Reagans Stabschef Donald Regan:

»The CDU, and in particular, Chancellor Kohl, view the German people as having been controlled by a group of madmen during World War II. Thus, in their calendar, May 8 is a day of liberation for Germany as well as for the allies – it is the day in which the bulk of the German people were liberated from Nazism.«¹¹⁸

Dieser Auffassung entsprechend seien die durchschnittlichen deutschen Soldaten, mit der Ausnahme von verurteilten Kriegsverbrechern, mit den durchschnittlichen amerikanischen GIs gleichzusetzen. Und weiter schrieb Breger: »It is this version of history which the President will legitimate by the Bitberg [sic] wreath-laying.« Dass Helmut Kohl also einem Verständnis des ›Dritten Reichs‹ aus den 1950er Jahren anhing, wonach nur ein kleiner Kreis von Verbrechern der überwältigenden Mehrheit unschuldiger Opfer gegenüberstand, war im Weißen Haus demnach bekannt.¹¹⁹

Das AJC positionierte sich in dieser Debatte mit Verweis auf die Kontakte zur Bundesrepublik. Es nahm für sich in Anspruch, aufgrund der Kenntnis der dortigen Verhältnisse in der einzigartigen Position zu sein, erklären zu können, warum der Besuch in Bitburg »inakzeptabel« sei.¹²⁰ Auch durch direkte Intervention, im Gespräch mit dem Weißen Haus und dem Staatsminister im AA und Abgeordneten des Wahlkreises Bitburg, Alois Mertes, sprach sich das AJC für eine Absage des Besuchs aus. Dieser Versuch misslang, jedoch wurde aufgrund dieser Initiative ein Besuch am Grab Adenauers ins Programm aufgenommen und die Zeremonie auf dem Soldatenfriedhof auf wenige Minuten gekürzt, wo weder Kohl noch Reagan eine Rede hielten.

Dass Bitburg für das deutsch-amerikanisch/jüdische Verhältnis zur Bruchstelle werden konnte, lag nicht nur am heftigen Protest jüdischer Gruppen in den USA gegen Reagan, sondern auch an dem Gewicht, das deutsche Beobachter den Protesten und ihren Urhebern beimaßen. Für Reagan selbst bedeutete die inneramerikanische Debatte um die Legitimität des Bitburg-Besuchs eine ernsthafte politische Krise und brachte einen deutlichen Popularitätsverlust mit sich.¹²¹ Dabei waren es gerade nicht nur jüdische Gruppen, sondern die große Mehrheit der amerikanischen Medien und eine »Regenbogenkoalition« von religiösen Organisationen, Bürgerrechtsgruppen und Veteranenverbänden, die sich gegen den Besuch in Bitburg stellten.¹²² Das Weiße Haus sah Reagan als »target for Jewish groups and vets [Veteranen] alike«.¹²³ Auch wichtige Politiker, darunter die führenden

117 Suggested Language for Part of a Presidential Statement, ohne Datum, ebd.

118 Memorandum von Marshall Breger an Donald Regan, 30.4.1985, Reagan Library, Marshall Breger Files, OA 10856, Box 1.

119 Zu diesem Geschichtsbild vgl. *Frei*, Vergangenheitspolitik, S. 397–406, insb. S. 405. Bergmann urteilt, dass die Bundesrepublik durch Bitburg »retrospektiv zu einem Mitglied der Westalliierten gemacht« werden sollte: *Bergmann*, Antisemitismus in öffentlichen Konflikten, S. 397.

120 Memorandum von Howard I. Friedman an AJC Leaders, 9.5.1985, AJC Archives, AJC Bitburg File. Vgl. auch *Marc H. Tanenbaum*, The American Jewish Committee at the White House, in: *Levkov*, Bitburg and Beyond, S. 330–334; *Sanua*, Let Us Prove Strong, S. 304–308, und *Shafir*, Ambiguous Relations, S. 302f.

121 *Mentel*, Bitburg-Affäre, S. 52.

122 *William Bole*, Bitburg. The American Scene, in: *Hartman*, Bitburg in Moral and Political Perspective, S. 66–78, hier: S. 66f.

123 Memorandum von James M. Rentschler an Robert C. McFarlane, 18.4.1985, Reagan Library, James Rentschler Files, Box 90417.

Republikaner Bob Dole und Newt Gingrich, sowie Mehrheiten in US-Senat und Repräsentantenhaus sprachen sich in Resolutionen gegen die Zeremonie in Bitburg aus, und auch die Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung stellte sich im Laufe der Debatte gegen den Präsidenten.¹²⁴ Der Besuch wurde vor allem moralisch verurteilt, weil die Zeremonie als Ehrung der Gefallenen der Waffen-SS verstanden werden konnte. Dass hier nicht immer genau zwischen der SS und der Waffen-SS unterschieden wurde, lag wohl an der Intensität der Debatte, die wenig Raum für eine derartig nuancierte Analyse ließ: Die SS symbolisierte gleichsam den Holocaust.¹²⁵

Hinter den Kulissen der Bitburg-Affäre sahen deutsche Politiker und auch journalistische Kommentatoren eine »jüdisch-amerikanische Medienmaschine« am Werke.¹²⁶ Die vor allem in den Massenmedien ausgetragenen amerikanischen Debatten über den Bitburg-Besuch sowie der Protest der amerikanisch-jüdischen Organisationen wurden von der Botschaft und im Kanzleramt genau verfolgt und ausgewertet.¹²⁷ Daneben fanden im Vorfeld des Besuchs eine Reihe von Gesprächen und Diskussionen mit Vertretern jüdischer Organisationen statt, die nicht zu den – im Jargon des Botschafters van Well – »holocaust-eiferer[n]« zählten, deren Aktivitäten aber ebenfalls beobachtet wurden.¹²⁸ An wen genau van Well hier dachte, verschwieg er in seiner Nachricht an das AA, jedoch implizierte diese Bezeichnung doch deutlich den Vorwurf der Instrumentalisierung der Erinnerung an den Holocaust für politische Zwecke. Noch bevor die Diskussion um Bitburg richtig hochkochte, hatte sich van Well aber um Vermittlung bemüht. Im März 1985 hatte er sich mit hochrangigen Vertretern der »Anti-Defamation League« von »B'nai B'rith« (ADL) getroffen, um Befürchtungen hinsichtlich einer mangelhaften Bereitschaft der jüngeren Generation in Deutschland, sich mit dem Holocaust zu beschäftigen, sowie hinsichtlich des deutschen Bekenntnisses zur Sicherheit Israels zu entkräften.¹²⁹ Einig war man sich jedoch darüber, dass es nicht genügend Austausch zwischen Bürgern der Bundesrepublik und amerikanischen Juden der Nachkriegsgeneration gebe, was zu vielen Vorurteilen und Fehleinschätzungen auf beiden Seiten führen würde.

Der politische Druck, den die Bitburg-Gegner ausübten, richtete sich in erster Linie gegen den amerikanischen Präsidenten, jedoch wirkte sich der Protest aus der Perspektive der deutschen Politik auch negativ auf das Ansehen der Bundesrepublik in den USA aus. Sie erschien in der Berichterstattung als Land, das sich nur unzureichend mit der NS-Vergangenheit auseinandergesetzt hatte. Dem Bundeskanzler, so schrieb die Botschaft, schob man den »schwarzen peter« zu.¹³⁰ Und die Washington Post berichtete am 22. April 1985 über den massiven Widerstand von Holocaustüberlebenden gegen den Bitburg-Besuch und zitierte Benjamin Meed, den Präsidenten des »American Gathering of Jewish Holocaust Survivors«: »How many Germans sleep today on mattresses which are still filled with Jewish hair? How many Germans adorn their houses with art confiscated from Jewish homes?«¹³¹

124 *Lipstadt*, *The Bitburg Controversy*, S. 27–32.

125 Auch die Waffen-SS wurde demnach als »architects of the Holocaust« bezeichnet. Vgl. Unterlagen zur Vorbereitung einer Pressekonferenz von Ronald Reagan bez. Bitburg, ohne Datum, Reagan Library, James Rentschler Files, Box 90417.

126 *Bergmann*, *Antisemitismus in öffentlichen Konflikten*, S. 414.

127 Alle diesbezüglichen Fernschreiben der Botschaft Washington wurden neben dem AA auch dem Chef des Bundeskanzleramts übersandt.

128 Fernschreiben von Günther van Well an AA Bonn, Chef des Bundeskanzleramts etc., 24.4.1985, BArch, B 136/30207.

129 Fernschreiben von Günther van Well an AA Bonn, 7.3.1985, BArch, B 136/33866. Bei diesem Gespräch forderte Wiesel auch einen Besuch der KZ-Gedenkstätte in Dachau als »moral visit« ein.

130 Fernschreiben der Botschaft an AA Bonn, 30.4.1985, BArch, B 136/30207.

131 *Elizabeth Kastor*, *Bitburg Visit Assailed. At Gathering of Holocaust Survivors, Anger and Dismay at Reagan's Plan*, in: *Washington Post*, 22.4.1985.

Im Bundeskanzleramt mussten solche Äußerungen zwangsläufig die vorhandenen Sorgen über den negativen Einfluss amerikanisch-jüdischer Organisationen auf die deutsch-amerikanischen Beziehungen nähren.

Mit dem Beginn der großen Kontroverse um Bitburg im April fokussierten sich die deutschen Diplomaten in Washington verstärkt auf die Debatten in den Medien und die Aktivitäten der jüdischen Verbände. In kurzen Abständen schickten sie detailreiche Zusammenfassungen über die Vorgänge und die Presseberichterstattung in den USA an das AA und das Kanzleramt. Verantwortlich machten sie für die »überaus heftige bis hysterische medienreaktion« gegen die Bitburg-Pläne – neben den Gesetzen der Massenmedien, die sich skandalöser Geschichten bedienten – in erster Linie amerikanische Juden, die sie zum Teil kodiert als »ostkuestenpresse« bezeichneten.¹³² Diese habe »die berechtigten und voellig verstaendlichen gefuehle der unmittelbar vom naziregime betroffenen amerikaner [...] weidlich ausgeschlachtet«. Aber auch auf die »aktivsten wortfuehrer und initiatoren der gegen die kranzniederlegung gerichteten kampagne«, wie zum Beispiel Menachem Rosensaft, den Vorsitzenden des »International Network of Children of Jewish Holocaust Survivors«, wurde namentlich hingewiesen.¹³³ Die »gemachte« meinung« stelle, so van Well, eine Gefahr für die deutsch-amerikanischen Beziehungen dar, da sie

»wirkungen bei offiziellen, journalisten und in der bevoelkerung [zeige], die befuerchten lassen muessen, dass die kampagne in ihrer konsequenz unsere politischen beziehungen beruehren koennte. diese gefahr wuerde dann umso mehr bestehen, wenn zu den bisherigen verbalen kraftakten stimmungsmachende fernsehbilder aus deutschland hinzukaemen«.¹³⁴

Aber auch den politischen Einspruch gegen den Bitburg-Besuch, der von prominenten (nicht jüdischen) Demokraten wie Edward Kennedy initiiert und von prominenten (nicht jüdischen) Republikanern mitgetragen wurde, rechnete man jüdischen Organisationen zu. Laut van Well gingen die Resolutionen des Kongresses gegen Bitburg auf den »wachsenden druck juedischer kreise [...], die in einigen wahlbezirken, vor allem an der ostkueste, erhebliches gewicht« hätten, zurück sowie auf die wahltaktischen Befürchtungen einzelner Senatoren, dass deren Gegner bei den nächsten Senatswahlen »juedisches geld« erhalten könnten, was eine Wiederwahl gefährde.¹³⁵ Der »Vorwurf der Unversöhnlichkeit«, ein zentrales Motiv des latenten »sekundären Antisemitismus« in der Bundesrepublik, überlagerte sich so mit klassisch antisemitischen Topoi.¹³⁶ Dazu zählten das häufig undifferenzierte Sprechen über »die Ostküste« oder eine »jüdische Lobby« in den USA wie auch die Annahme, dass diese sowohl die amerikanischen Medien steuerten und den politischen Entscheidungsprozess manipulierten als auch die Erinnerung an den Holocaust instrumentalisierten.

Die kritische und teils sorgenvolle Beobachtung der amerikanischen Medien war nicht nur diplomatisches Tagesgeschäft, sondern auch ein Indikator für eine antagonistische Haltung des Botschaftspersonals gegenüber den amerikanisch-jüdischen Organisationen. Auch in der Bundesrepublik wurden diese Ansichten geteilt, die sich hier in den Printmedien niederschlugen. Laut Frankfurter Allgemeiner Zeitung verbreitete eine »mächtige

132 Fernschreiben der Botschaft Washington an AA Bonn, Chef des Bundeskanzleramts etc., 21.4.1985, BArch, B 136/30207. Zum Topos »Ostküste« vgl. *Juliane Wetzel*, Verschwörungstheorien, in: *Wolfgang Benz* (Hrsg.), *Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart*, Bd. 3, Berlin/New York 2010, S. 334–337, hier: S. 336.

133 Fernschreiben Günther van Well an AA Bonn, Chef des Bundeskanzleramts etc., 25.4.1985, BArch, B 136/30207.

134 Ebd.

135 Fernschreiben Günther van Well an AA Bonn, Chef des Bundeskanzleramts etc., 23.4.1985, BArch, B 136/30207.

136 Vgl. *Bergmann*, *Antisemitismus in öffentlichen Konflikten*, S. 411–415, und *Benz*, *Was ist Antisemitismus?*, S. 19f.

publizistische Maschinerie« in den USA das »Zerrbild des häßlichen Deutschen«, und die Zeitschrift »Quick« griff direkt die »sagenhafte jüdische Lobby« an.¹³⁷ Dieses Handeln mit antisemitischen Klischees in der deutschen Presse wurde auf der anderen Seite des Atlantiks genau registriert und trug zu einer Verfestigung der Fronten bei.¹³⁸ Dass Vorurteile über amerikanische Juden tatsächlich im Denken der deutschen Politik verankert waren, offenbarte sich auch hinter den Kulissen der Bundesregierung und der CDU-Bundestagsfraktion. Kohls Sicherheitsberater Horst Teltschik zum Beispiel gab dem designierten amerikanischen Botschafter Richard Burt zu verstehen, dass »the power of the American Jews« und die Tatsache, dass diese auf Reagan Druck ausübten, gerade bei jungen Deutschen Antisemitismus hervorriefe.¹³⁹ Auch in einem Briefwechsel zwischen dem Bundestagsabgeordneten Peter Petersen (CDU) und Alfred Dregger, einem der schärfsten Kritiker der Proteste gegen den Bitburg-Besuch, wurde die »Macht« der Juden in den USA kritisiert. Petersen, der sich seit den frühen 1980er Jahren in Absprache mit Kohl mit der amerikanischen Holocaust-Erinnerungskultur beschäftigte und unter anderem mit Vertretern des zukünftigen United States Holocaust Memorial Museums in Kontakt stand¹⁴⁰, hatte Verständnis für Dregger, suchte aber in den USA nicht den Konflikt, sondern schlug eine andere Taktik vor. Er schrieb:

»Ich meine, wir können uns jetzt nur von der Frage leiten lassen, wie wir eine Belastung des Bündnisses verhindern können, eine Beziehung, die wirksam vergiftet werden kann, wenn es uns nicht gelingt, die einflußreichen Juden in Amerika zu befriedigen oder mindestens zu neutralisieren.«¹⁴¹

Dazu würde er

»weiterhin alles tun, um die Juden Amerikas zu gewinnen, nicht weil das besonders nette Menschen sind (einige sind es wirklich nicht), sondern weil ich das Bündnis nicht beschädigen [sic] sehen möchte; denn was nützt es uns, auf unserem Stolz zu beharren und hinterher in einem geschädigten Bündnis zu stehen.«¹⁴²

Es lässt sich nur spekulieren, ob Petersen sich bewusst war, dass er mit dem Vorwurf des »Vergiftens« auf einen antisemitischen Topos mit einer langen Geschichte zurückgriff. Aus den Protesten und der öffentlichen Debatte um die Legitimität des Bitburg-Besuchs folgerten Vertreter der Bundesrepublik jedenfalls – egal ob Diplomaten in Washington oder Politiker in Bonn –, dass es tatsächlich eine einflussreiche »jüdische Lobby« gebe, die sowohl die Presse steuern als auch den politischen Prozess in den USA beeinflussen könne. Dass viele amerikanische Juden – neben vielen nicht jüdischen Amerikanern – und auch die großen jüdischen Verbände sich gegen Bitburg stellten, steht außer Frage. Jedoch erfolgte auf deutscher Seite kaum eine tiefgehende Analyse der Gründe dieser Haltung, die vielleicht dazu hätte führen können, die Sinnhaftigkeit und die symbolische Problematik der Wahl des Ortes zu überdenken. Erst zwei Tage vor dem Bitburg-Besuch

137 Zit. nach: *Mentel*, Bitburg-Affäre, S. 53, und *Hajo Funke*, Bitburg und »die Macht der Juden«. Zu einem Lehrstück anti-jüdischen Ressentiments in Deutschland/Mai 1985, in: *Alphons Silbermann/Julius H. Schoeps* (Hrsg.), *Antisemitismus nach dem Holocaust*. Bestandsaufnahme und Erscheinungsformen in deutschsprachigen Ländern, Köln 1986, S. 41–52.

138 Fernschreiben der Botschaft Washington an AA Bonn, Chef des Bundeskanzleramts etc., 26.4.1985, BArch, B 136/30207.

139 Dieses Gespräch ist wiedergegeben in der Autobiografie des amerikanischen Außenministers unter Reagan, *George P. Shultz*, *Turmoil and Triumph. My Years as Secretary of State*, New York 1993, S. 554. Teltschik äußerte sich zum Beispiel in ähnlicher Weise auch sehr kritisch über den jüdischen Journalisten William Safire gegenüber Marc Fisher, dem ehemaligen Deutschlandkorrespondenten der *Washington Post*. Vgl. *Marc Fisher*, *After the Wall. Germany, the Germans and the Burdens of History*, New York 1995, S. 319.

140 *Eder*, Holocaust-Erinnerung, S. 117–130.

141 Brief von Peter Petersen an Alfred Dregger, 22.4.1985, BArch, N 1396/3.

142 Ebd.

sah die Botschaft ein, dass Bemühungen, die Wahl des Soldatenfriedhofs als Ort der Zeremonie von Kohl und Reagan zu rechtfertigen, vergebens sein würden.¹⁴³ Stattdessen machte man sich nun in der Botschaft schon Gedanken über die Zukunft der deutsch-amerikanisch/jüdischen Beziehungen.¹⁴⁴ Dass dies keine einfache Aufgabe werden würde und welchen fatalen Eindruck die Bitburg-Affäre vom bundesrepublikanischen Umgang mit dem Nationalsozialismus hinterlassen hatte, war der Botschaft klar: »mancher sieht etwas in frage gestellt, was er für selbstverstaendlich gehalten hatte: die uneingeschraenkte verurteilung der verbrechen des dritten reiches [...] und die uebereinstimmung, dass es hier kein vergessen geben kann.«¹⁴⁵ Intensive Gespräche mit »juedischen kreisen« würden notwendig sein, die aber nur Deutsche führen sollten, die »in der lage sind, das thema richtig in den historischen zusammenhang zu stellen«¹⁴⁶, also ein für die Bundesrepublik möglichst zuträgliches Geschichtsbild zu vermitteln.

Trotz der Intensität der Debatte flachte diese kurz nach dem Bitburg-Besuch am 5. Mai ab. Bereits eine knappe Woche später konnte Botschafter van Well an Kohl schon eine Teilentwarnung geben. Die »medienkampagne« und der Protest der »juedischen lobby« hätten die deutsch-amerikanischen Beziehungen nicht ernsthaft beschädigt, zumal die Mehrheit der Amerikaner sie nicht geteilt hätte und amerikanisch-jüdische Organisationen sich schnell darum bemühten, Spannungen mit der Reagan-Administration zu glätten.¹⁴⁷ Nichtsdestotrotz war Bitburg ein Fehlschlag für die bundesrepublikanischen Bemühungen um eine Neuverortung der NS-Vergangenheit: »die kontroverse um den friedhofsbesuch hat aber die nazi-vergangenheit, mehr als uns recht sein kann, belebt und vor allem die erinnerungen mit neuen emotionen belastet.«¹⁴⁸ Dies stelle, so van Well, für die Zukunft eine nicht unerhebliche Hypothek für das Ansehen der Bundesrepublik in den USA dar. Vor allem Holocaustüberlebende und Organisationen, die deren Interessen vertraten, sahen Bitburg als Bestätigung, dass die Bundesrepublik nicht verantwortungsvoll mit ihrer Geschichte umgehen könne. Aber sie bewerteten es auch als positiv, dass die Kontroverse ihnen ein Forum gegeben hatte, die amerikanische Bevölkerung – ja sogar »the entire world« – über die Geschichte des Holocaust zu informieren.¹⁴⁹

Mehrere ranghohe Beamte bemühten sich im unmittelbaren Nachgang zu Bitburg um Schadensbegrenzung in den USA und suchten das Gespräch mit jüdischen Organisationen. Der Staatsminister im AA, Alois Mertes, traf mit Vertretern des AJC, der ADL und der »Conference of Presidents of Major American Jewish Organizations«, einer Art Dachverband der amerikanisch-jüdischen Organisationen, zusammen. Im Gespräch mit der ADL versuchte Mertes, der durchaus »VERSTAENDNIS FUER DIE EMOTIONALE REAKTION JUEDISCHER OPFER« hatte, den Bitburg-Besuch als einen »AKT DER TRAUER FUER ALLE OPFER VON KRIEG UND GEWALTHERRSCHAFT« zu rechtfertigen. Diese Sichtweise konnte jedoch vonseiten der ADL aufgrund des »SYMBOLCHARAKTER[S] DER SS« – die eine konkrete Benennung der Opfer und Täter erforderlich machte – nicht akzeptiert werden.¹⁵⁰ Einig waren sich beide Seiten jedoch in

143 Fernschreiben der Botschaft Washington an AA Bonn und Chef des Bundeskanzleramts, 3.5.1985, BAArch, B 136/30206.

144 Ebd.

145 Ebd.

146 Ebd. (Hervorhebung durch das Bundeskanzleramt).

147 Fernschreiben von Günther van Well an AA Bonn, Chef des Bundeskanzleramts etc., 8.5.1985, BAArch, B 136/30206. Das Fernschreiben wurde Kohl persönlich vorgelegt.

148 Ebd.

149 Vgl. Memorandum von Howard I. Friedman an AJC Leaders, 9.5.1985, AJC Archives, AJC Bitburg File.

150 Fernschreiben des Generalkonsulats New York an AA Bonn etc., 10.5.1985, BAArch, B 136/30523. Mertes hatte bereits am 2. Mai 1982 vor dem AJC gesprochen: *Alois Mertes, Western Europe Forty Years After World War II*, in: *Levkov, Bitburg and Beyond*, S. 119–127.

der Hoffnung, dass sich aus dem Konflikt über Bitburg die Chance eines »AUSBAU[S] DER BEZIEHUNGEN« ergeben könnte. Auch Berndt von Staden, ehemaliger Botschafter in Washington und nun Koordinator für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit im AA, hielt sich Mitte Mai 1985 zu einem politischen Besuch in Washington auf und kam zu dem Ergebnis, dass die Debatte um Bitburg die Notwendigkeit gezeigt habe, die Informationsarbeit in beiden Ländern zu intensivieren.¹⁵¹ Schließlich suchte auch Botschafter van Well den Kontakt zu amerikanischen Juden und hielt Ende Mai eine Rede zum Thema »Germans and Jews – After Bitburg« vor jüdischen Zuhörern.¹⁵² In grundsätzlich freundschaftlicher Atmosphäre kritisierten diese die Defizite im bundesrepublikanischen Umgang mit der NS-Vergangenheit, brachten aber auch ihre Anerkennung für Bundespräsident Richard von Weizsäcker zum Ausdruck, dessen Rede zum 8. Mai sich in der öffentlichen Wahrnehmung – nicht nur in den USA – schnell zum Gegenpol zu Kohls Bitburg-Besuch etablierte.¹⁵³ Im Auftrag der Bundesregierung lud van Well den Präsidenten und den Vizepräsidenten der jüdischen humanitären Organisation »B'nai B'rith« nach Bonn ein, die ebenfalls ihren Willen zum Ausdruck brachten, den Kontakt zur Bundesrepublik auszubauen.¹⁵⁴ Während der Bitburg-Debatte sei deutlich geworden, dass »die aufarbeitung der deutschen vergangenheit zwischen bundesrepublik deutschland und israel sehr viel fortgeschrittener und umfassender sei als zwischen bundesrepublik deutschland und amerikanischem judentum«. ¹⁵⁵ »B'nai B'rith« war demnach dazu bereit, auch dazu beizutragen, den Austausch zwischen beiden Ländern zu intensivieren. Der Bundeskanzler selbst hielt im Dezember 1985 die Eröffnungsrede der ersten Tagung des Leo-Baeck-Instituts in Deutschland, was in den USA als »answer to Bitburg« gewertet wurde.¹⁵⁶

Nur einen guten Monat nach Bitburg hatte sich Kohl jedoch in einer Rede gegenüber Mitgliedern der Atlantik-Brücke – einem Publikum, das ihm sicher gewogen war – uneinsichtig gezeigt:

»Die grosse Standfestigkeit, mit der Präsident Reagan auf der Grundlage seiner unerschütterlichen moralischen Überzeugung an dem Besuchsprogramm festgehalten hat, hat ihm bei uns weithin Sympathie und Achtung eingetragen. Es blieb auch kein Raum für Missverständnisse über die Bedeutung jener Geste, die in dem gemeinsamen Besuch eines deutschen Soldatenfriedhofs lag.«¹⁵⁷

Zwar erkannte er an, dass man in der Bundesrepublik für die Reaktionen, die »angesichts ihrer Heftigkeit nachdenklich stimmen«, Verständnis haben müsste, »insbesondere dort, wo persönliche Verfolgung im Dritten Reich kein Vergeben ermöglicht, ganz zu schweigen von einem Vergessen«. Laut Kohl habe sich die Bundesrepublik jedoch »der deutschen Schuld und Verantwortlichkeit nach dem Zweiten Weltkrieg gestellt« und »so gut es ging versucht, die Schulden abzutragen«. Der Kanzler fuhr fort: »Im gleichen Atemzug müssen wir aber alle Probleme der Vergangenheitsbewältigung tragen, auch im Verhältnis zum Ausland, eben weil wir uns als Deutsche zu unserer Geschichte insgesamt bekennen und auch nicht den Versuch unternehmen, diese Geschichte umzuschreiben.« Aus der Sicht Kohls waren die heftigen Reaktionen, die der Bitburg-Besuch ausgelöst hatte, also ein Resultat der »Vergangenheitsbewältigung« und nicht etwa einer verfehl-

151 Fernschreiben von Botschafter Günther van Well an AA Bonn, Chef des Bundeskanzleramts etc., 22.5.1985, BArch, B 136/30529.

152 Fernschreiben von Botschafter Günther van Well an AA Bonn, Chef des Bundeskanzleramts etc., 21.5.1985, BArch, B 136/29854.

153 Vgl. *Dubiel*, Niemand ist frei von der Geschichte, S. 206–215.

154 *Shafir*, Ambiguous Relations, S. 310f.

155 Fernschreiben von Botschafter Günther van Well an AA Bonn, Chef des Bundeskanzleramts etc., 21.5.1985, BArch, B 136/29854.

156 *Lucy S. Dawidowicz*, Germany's Answer to Bitburg, in: *Wall Street Journal*, 6.12.1985.

157 Rede von Helmut Kohl vor der Atlantik-Brücke am 25.6.1985, BArch, B 136/30405.

ten Geschichtspolitik. Mit dieser Analyse stellte Kohl sich in die Tradition der konservativen Argumentationsweise, wonach die Bundesrepublik zwar sehr wohl Hitler »bewältigt« habe, nicht aber die »Bewältigung Hitlers«.¹⁵⁸

Die heftige Kontroverse über Reagans Besuch in Deutschland, der unter dem Schlagwort der Versöhnung ein Geschichtsbild transportieren und legitimieren sollte, nach dem Deutsche in der großen Mehrzahl unschuldige Opfer des Nationalsozialismus gewesen seien, hatte eine mehrfach gegenteilige Wirkung. So rückte sie zum einen den international nicht konsensfähigen geschichtspolitischen Umgang der Regierung Kohl mit der NS-Vergangenheit in das Blickfeld der Weltöffentlichkeit.¹⁵⁹ Viele Beobachter in den USA sahen sich in ihrer skeptischen Haltung gegenüber der Bundesrepublik bestätigt. Zum anderen wurden sich diejenigen amerikanisch-jüdischen Organisationen, die im Austausch mit der Bundesrepublik standen, ebenso wie ihre deutschen Kooperationspartner noch einmal mit Nachdruck des »Holocaustsyndroms« bewusst, das die deutsch-amerikanisch/jüdischen Beziehungen prägte. Auch hatte die Bitburg-Affäre die jüdischen Verbände in den USA zum ersten Mal seit den 1950er Jahren gezwungen, sich umfassend mit der Bundesrepublik und dem Status quo des dortigen Umgangs mit der NS-Vergangenheit auseinanderzusetzen.¹⁶⁰

IV. INTENSIVIERUNG DER DEUTSCH-AMERIKANISCH/JÜDISCHEN KONTAKTE NACH BITBURG: PARTNERSCHAFT AUS PRAGMATISMUS?

Die Bundesregierung wurde sich nach Bitburg mit Nachdruck bewusst, wie tief die Erinnerung an den Holocaust in der gesamten amerikanischen Öffentlichkeit verwurzelt war und welche Folgen das für den eigenen außenpolitischen Spielraum nach sich zog. Zwar hatte die Bitburg-Debatte den Besuch des dortigen Soldatenfriedhofs nicht verhindern können, aber doch zu maßgeblichen Änderungen im offiziellen Programm geführt. Dass sich etwas in den deutsch-amerikanisch/jüdischen Beziehungen ändern musste und dass schon allein aus pragmatischen Gründen derartige öffentlich ausgetragene Konflikte verhindert werden müssten, stand für die deutschen Akteure fest. In den folgenden Monaten und Jahren kam es daher zu einer deutlichen Intensivierung der Kontakte zwischen der Bundesregierung und einigen amerikanisch-jüdischen Organisationen. Schon im Oktober 1985 sah das AA diese neue Stufe im Dialog als »ein ganz positives Ergebnis« der Diskussion um Bitburg, denn der Besuch des Soldatenfriedhofs habe »zu einer Intensivierung unseres Gesprächs mit den jüdischen Organisationen in den USA beigetragen«.¹⁶¹ Die Vertiefung der Beziehungen war aber viel eher der Tatsache geschuldet, dass sowohl deutsche Akteure als auch Vertreter der amerikanisch-jüdischen Organisationen erkannt hatten, dass mit der Bitburg-Affäre ein Tiefpunkt in den Beziehungen erreicht worden war, der auf Dauer den politischen Interessen beider Seiten nur schaden konnte. Für die Bundesregierung bestand auch während der zweiten Hälfte der 1980er Jahre die Sorge

158 Vgl. *Ludolf Herrmann*, Hitler, Bonn und die Wende. Wie die Bundesrepublik ihre Lebenskraft zurückgewinnen kann, in: *Die politische Meinung* 28, 1983, Nr. 209, S. 13–28, hier: S. 17.

159 Auch die Zeremonie in der Gedenkstätte Bergen-Belsen am Tag des Bitburg-Besuchs konnte aufgrund der Spannungen im Vorfeld keine Geste der Versöhnung werden. Vgl. *Kirsch*, »Wir haben aus der Geschichte gelernt«, S. 82f., und *Reichel*, Politik mit der Erinnerung, S. 286. Der selbst nach dem Krieg im dortigen DP-Lager geborene »Chairman of the International Network of Children of Jewish Holocaust Survivors« hielt Reagan und Kohl vor, diese Grabstätte »entweiht« zu haben. Vgl. *Menachem Z. Rosensaft*, A Jew at Bergen-Belsen, in: *Levkov*, Bitburg and Beyond, S. 136–138.

160 *Feldman*, The Jewish Role, S. 182.

161 AA, Sprechzettel betr. deutsch-amerikanische Beziehungen, 16.10.1985, BArch, B 136/30523.

über das »Negativ-Image« in den USA fort. Dass es nach wie vor negative Klischees über die Deutschen gab, die sich vor allem aus Analogien zur NS-Zeit speisten, bestätigten nun auch PR-Experten aus der freien Wirtschaft, die Untersuchungen zum Deutschlandbild in den USA im Auftrag der Bundesregierung anfertigten.¹⁶² Die Regierung Kohl schrieb guten Beziehungen zu den USA indessen weiterhin »existentiellen« Charakter zu und nahm in diesem Zusammenhang nunmehr auch die Frage nach Beziehungen zu amerikanisch-jüdischen Organisationen sehr ernst.¹⁶³

Doch der deutlich intensivierte Austausch zwischen der Bundesregierung und Vertretern amerikanisch-jüdischer Organisationen in der Folge von Bitburg lässt sich nicht als geradlinige Erfolgsgeschichte beschreiben. Auch in dieser Zeit gab es Rückschläge und Konflikte, die am Ende der 1980er Jahre – in den Debatten um die deutsche Einheit – noch einmal offen ausgetragen werden sollten. Dennoch gab es in den Jahren zwischen 1985 und 1990 eine Reihe von Initiativen, um die Defizite in der gegenseitigen Wahrnehmung und im Wissensstand übereinander, die Bitburg so deutlich zum Ausdruck gebracht hatte, zu beseitigen. Voraussetzung dafür war, dass sich die amerikanisch-jüdischen Organisationen sehr schnell entschieden, den Ausgleich mit Reagan zu suchen und den Bitburg-Besuch als »mistake of a friend – not the sin of an enemy« zu werten.¹⁶⁴ Diese zukunftsorientierte Haltung manifestierte sich aber auch in der Bereitschaft, Austausch- und Bildungsprogramme mit der Bundesrepublik zu intensivieren. So schickte nun auch die ADL Delegationen nach Deutschland und das AJC begann eine Kooperation mit der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung, die auf die Förderung des gegenseitigen Verständnisses, vor allem durch Vermittlung von Unterrichtsmaterialien über die Geschichte der amerikanischen Juden an deutsche Schulen, abzielte.¹⁶⁵ Bitburg hatte die amerikanisch-jüdischen Verbände gezwungen, sich umfassend mit ihrer Haltung zur Bundesrepublik auseinanderzusetzen und auch die Realitäten anzuerkennen. So stellte eine hochrangige Delegation des AJC im Oktober auf einer Reise in die Bundesrepublik fest, dass diese nun »truly a democracy« sei.¹⁶⁶ Diese Anerkennung war für die Intensivierung der Kontakte von großer Wichtigkeit, da es unter amerikanischen Juden nach wie vor starke Vorbehalte gegen den Nachfolgestaat des »Dritten Reichs« gab. Das AJC verfolgte diese Kooperation nach eigener Aussage, weil es so die Beziehungen zu einem der wichtigsten Partner Israels und einem zentralen Machtfaktor in Europa verbessern könnte. Zudem wäre es so auch möglich, amerikanisch-jüdische Interessen in der Bundesrepublik zu wahren.¹⁶⁷

Diese neue Stufe der Offenheit gegenüber der Bundesrepublik war aber nicht repräsentativ für das gesamte Spektrum der organisierten Juden in den USA. Insbesondere Verbände, die die Interessen von Holocaustüberlebenden vertraten oder sich mit der Institutionalisierung der Holocaust-Erinnerung in den USA befassten, behielten eine äußerst kritische Sicht auf die Bundesrepublik und sahen in Kohl – nicht zuletzt wegen Bitburg – einen revisionistischen Politiker, der die Erinnerung an den Holocaust unterbin-

162 Vgl. zum Beispiel den Brief der deutschen Botschaft Washington an AA Bonn, 5.1.1988, BArch, B 136/30532.

163 AA, Sachstand deutsch-amerikanische Beziehungen, 4.2.1988, BArch, B 136/30032.

164 *Morris B. Abram*, Don't Be Misled by the Bitburg Trip, in: New York Times, 10.5.1985. Vgl. auch den Brief von Howard I. Friedman an Ronald Reagan, 7.5.1985, Reagan Library, Marshall Breger Files, OA 10856, Box 1, und AJC National Advisory Panel, Post-Bitburg Analysis, 22.5.1985, AJC Archives, AJC Bitburg File.

165 Kontakte zwischen dem AJC und der Friedrich-Ebert-Stiftung hatte es schon zuvor gegeben, aber die Kontroverse um Bitburg hatte den Auslöser für eine engere Kooperation im Bildungsbereich gegeben. Vgl. AJC Informationsblatt Education, 11.5.1987, AJC Archives, William Trosten Files, Box 2.

166 Zit. nach: *Shafir*, Ambiguous Relations, S. 310f.

167 Zusammenfassung eines Treffens der AJC/German Joint Task Force on Images in Education, 12.11.1986, AJC Archives, William Trosten Files, Box 2.

den wollte.¹⁶⁸ In den Bemühungen der Regierung Kohl, den Kontakt zu den amerikanischen Juden zu intensivieren, sahen sie – wie zum Beispiel die Verantwortlichen des United States Holocaust Memorial Museums – einen Versuch der Anbiederung mit dem Ziel der politischen Rehabilitation. Diese verdiente die Bundesrepublik aber in ihren Augen (noch) nicht, auch aufgrund der unterschiedlichen Sichtweise auf die NS-Zeit, die Bitburg verdeutlicht hatte.¹⁶⁹

In der Bundesregierung und ihrem Umfeld setzte sich nun aber auch die Erkenntnis durch, dass man sich in der Tat nicht ausreichend mit den politischen Zielen der amerikanischen Juden und der Rolle der Holocaust-Erinnerung für die Juden und auch ganz allgemein in den USA beschäftigt hatte. Neben den bereits etablierten Kanälen des Austauschs, das heißt vor allem über die KAS, wurde nun auch die Atlantik-Brücke in diese Kontakte eingebunden, deren Vorsitzender Walther Leisler Kiep in dieser Sache im engen Austausch mit dem Kanzleramt stand. Dort beschäftigte man sich nun noch intensiver mit den deutsch-amerikanisch/jüdischen Beziehungen. Kohl selbst maß diesen Entwicklungen wachsendes Gewicht bei, aber auch Vertreter der amerikanisch-jüdischen Organisationen suchten den direkten Austausch mit dem Kanzleramt, nicht zuletzt deshalb, da durch den Tod von Alois Mertes im Juni 1985, der in den USA ein hohes Ansehen genossen hatte, ein zentraler Ansprechpartner verloren gegangen war.¹⁷⁰

Eine Schlüsselrolle für die weitere Entwicklung der Beziehungen mit amerikanisch-jüdischen Organisationen spielte der deutsche Diplomat Wolf Calebow. Er beschäftigte sich bereits – zum Teil in Eigeninitiative – seit 1977 mit dem deutsch-amerikanisch/jüdischen Dialog und war seit 1986 in offizieller Funktion an der Botschaft in Washington für die Intensivierung des Austauschs mit jüdischen Institutionen und Organisationen zuständig.¹⁷¹ Calebow nahm eine wichtige Scharnierfunktion ein, da seine Befunde auch im Kanzleramt rezipiert wurden und die dortige Linie mitbestimmten. Er legte im Jahr 1988 eine umfassende Analyse vor.¹⁷² Demnach seien die Bemühungen verschiedener jüdischer Gruppen in den USA, wie zum Beispiel die Gründung von Holocaust-Museen, -Gedenkstätten oder der Unterricht zum Thema, die darauf abzielten, die Erinnerung an den Holocaust wachzuhalten, nicht »unmittelbar« gegen die Bundesrepublik gerichtet, sie sei aber dennoch »Opfer« dieser Initiativen.¹⁷³ Calebow attestierte jedoch eine Spaltung der jüdischen Organisationen (neben ihrer Einstellung zu Israel) in erster Linie an der Frage, ob die »Instrumentalisierung des Holocaust« ein »geeignetes Mittel für praktische Politik heute« sei.¹⁷⁴ Die Bundesrepublik müsse demnach »Verbündete« im Lager derer suchen, die diese Frage verneinten. Dass die Verbesserung des Kontakts zu amerikanischen Juden zu den vitalen außenpolitischen Interessen der Bundesrepublik zählte, stand für Calebow außer Frage.¹⁷⁵ Daher plädierte er eindeutig für eine Intensivierung der Kooperation mit dem AJC, der einzigen Organisation, deren Projekte »zukunftsorientiert« seien und »über die Vergangenheit« hinausführten.¹⁷⁶

168 Vgl. unter anderem das Protokoll der Sitzung des International Relations Committees des USHMM, 8.2.1988, USHMM Institutional Archives (USHMM IA), Washington, D.C., Accession No. 1997-014, Records Weinberg, Box 86.

169 Protokoll der Sitzung des International Relations Committees des USHMM, 25.4.1990, S. 45, ebd.

170 Brief von William S. Trosten an Helmut Kohl, 20.3.1989, ACDP, 01-747, Armonk-Institute/William S. Trosten (1986–1990).

171 Wolf Calebow, Erfahrungsbericht betr. Bemühungen um die Verbesserung des Verhältnisses zu den amerikanischen Juden, 18.10.1988, S. 15f., ebd.

172 Ebd.

173 Ebd., S. 3.

174 Ebd., S. 27.

175 Ebd., S. 28.

176 Ebd., S. 25.

Zwar hoffte Calebow, dass die Kooperation mit dem AJC langfristig auch als Vorbild für die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen dienen könnte, sah aber in der gegenwärtigen Politik der Botschaft wie auch der Bundesregierung, den Kontakt zu Vertretern von »B'nai B'rith« oder dem »World Jewish Congress« zu suchen, einen Fehler. Diese Gleichbehandlung sei kontraproduktiv, da zum einen diese Organisationen nicht an einer Verständigung mit der Bundesrepublik interessiert seien und man zum anderen den Ausbau der Beziehungen mit dem AJC dadurch vernachlässigen würde. Zwar solle man mit Vertretern der Holocaust-Museen und Verantwortlichen für die Behandlung des Holocaust im Unterricht an amerikanischen Schulen sprechen, jedoch müsse man sich bewusst machen, dass diese eben nicht zu den Befürwortern des deutsch-jüdischen Dialogs zählten.

Die von Calebow skizzierte Linie war zuvor auch schon von der Atlantik-Brücke aufgegriffen worden, die eine langfristige Kooperation mit dem AJC anstrebte. Kontakte zwischen beiden Institutionen hatte es bereits in den 1950er Jahren gegeben, diese waren aber im Laufe der Jahre versandet. Als Schlüsselfiguren fungierten in diesem Zusammenhang Walther Leisler Kiep und der Associate Director des AJC, William Trosten. Trosten hatte für die deutschen Sorgen durchaus Verständnis und sah in der Kooperation mit der Atlantik-Brücke auch eine Möglichkeit, die Ziele des AJC in der Bundesrepublik zu verwirklichen. Dort könne das AJC zur Festigung der deutsch-amerikanischen und der deutsch-israelischen Beziehungen beitragen sowie auch auf den Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Bundesrepublik Einfluss nehmen. Gemeinsam verständigte man sich darauf, jährlich Konferenzen zum Themenkomplex des deutsch-amerikanisch/jüdischen Verhältnisses abzuhalten sowie in der Frage der Holocaust-Museen und des Schulunterrichts zu kooperieren.¹⁷⁷ Beide Seiten waren sich einig, dass der amerikanische Diskurs über den Holocaust einer »positive[n] Schlußnote« bedürfe¹⁷⁸, also einer Ergänzung um die »Erfolgsgeschichte« der Bundesrepublik.¹⁷⁹

Allerdings legte bereits die erste gemeinsame Konferenz im November 1987 in Bonn die noch vorhandenen Probleme und Missverständnisse offen.¹⁸⁰ So wüssten amerikanische Juden nach wie vor zu wenig über die Geschichte der Bundesrepublik und deren gute Beziehungen zu Israel, während die Deutschen zu wenig über das jüdische Leben in den USA und vor allem die Bedeutung der Erinnerung an den Holocaust für die amerikanischen Juden wüssten. Bitburg habe gezeigt, so fasste das AJC die Tagung weiter zusammen, wo die »emotionale und intellektuelle Kluft« (»emotional and intellectual chasm«) zwischen Deutschen und amerikanischen Juden liege.¹⁸¹ Letztere hätten nach wie vor den Eindruck, dass die Auseinandersetzung mit dem Holocaust in der Bundesrepublik mangelhaft sei und Normalisierungsbestrebungen der Bundesregierung und antisemitische Tendenzen in der Öffentlichkeit letztlich auf ein Vergessen der NS-Vergangenheit abzielten. Die jüdischen Teilnehmer der Konferenz sahen die innerdeutschen Debatten um die politisch-kulturelle Hegemonie in der Bundesrepublik, neben Bitburg auch die Fassbinder-Kontroverse und

177 Eder, Holocaust-Erinnerung, S. 129–132. Im USHMM wollte man auch die »Erfolgsgeschichte« der Bundesrepublik berücksichtigt sehen.

178 Wolf Calebow, Erfahrungsbericht betr. Bemühungen um die Verbesserung des Verhältnisses zu den amerikanischen Juden, 18.10.1988, S. 20, ACDP, 01-747, Armonk-Institute/William S. Trosten (1986–1990).

179 Das AA maß diesem Projekt große Bedeutung bei und hatte auch einen ersten Entwurf finanziert. Vgl. AA, Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit Herrn Walther Leisler Kiep von der Atlantikbrücke e. V. und mit Herrn William Trosten vom American Jewish Committee (AJC), 7.12.1988, BArch, B 136/34162.

180 Atlantik-Brücke e. V. und AJC, Presseerklärung, 23.11.1987, BArch, B 136/34162.

181 AJC/Atlantik-Brücke Conference Report, Executive Summary, 24.2.1988, S. 2, AJC Archives, Atlantik-Brücke/AJC Conference File, International Relations Department.

den »Historikerstreit«¹⁸², als äußerst bedrohlich für die Zukunft des deutsch-jüdischen Verhältnisses: Sollte sich langfristig eine »Relativierung« der NS-Vergangenheit durchsetzen, würde dies eine weitere Verständigung zwischen Deutschen und Juden unmöglich machen.¹⁸³ Deutsche machten sich in der Mehrheit nicht die Mühe, sich genau mit den amerikanischen Juden und den Ursachen ihrer distanzierten Haltung zur Bundesrepublik zu beschäftigen, sondern suchten Ausflucht in alten Klischees von der »jüdischen Lobby«. Handlungsbedarf läge demnach bei privaten Organisationen sowie der deutschen Regierung.

Trotz dieser eher pessimistischen Einschätzung, die letztendlich auf ein Verständnisproblem – mangelhafte gegenseitige Kenntnis und Verständnis für die Motive des Handelns – hinauslief, hatte man auf der deutschen Seite große Hoffnungen, dass sich die Kooperation mit dem AJC positiv auf die Beziehungen zu den amerikanischen Juden insgesamt auswirken würde. So schrieb das AA in einer Gesamtanalyse der deutsch-amerikanischen Beziehungen dem AJC die Rolle des Vorreiters in diesem »wichtige[n] Teilbereich der bilateralen Beziehungen« zu.¹⁸⁴ Über den Stand der Kooperation wurde im Dezember 1988 auch der Bundeskanzler persönlich informiert, der sich in der Vergangenheit mehrmals mit Vertretern des AJC getroffen hatte.¹⁸⁵ Kiep und Trosten berichteten Kohl von ihren gemeinsamen Bemühungen, den Unterricht über den Holocaust in den USA um ein Kapitel zur Geschichte der Bundesrepublik zu erweitern, ein Vorhaben, das der Kanzler später für »eminent wichtig« hielt.¹⁸⁶

Die Zusammenarbeit mit Trosten, der zum engsten Partner der Bundesregierung im Dialog mit amerikanischen Juden avancierte, sollte auch nach dessen Ausscheiden aus der Führungsriege des AJC, das aus Altersgründen im Jahr 1989 anstand, fortgesetzt werden. Zeitweilig gab es im Bundeskanzleramt Überlegungen, Trosten direkt als Lobbyisten zu engagieren.¹⁸⁷ Trosten schlug jedoch einen anderen Weg ein. Gemeinsam mit dem AJC-Ehrenpräsidenten Theodore Ellenoff gründete er das Armonk-Institute, das sich ausschließlich mit der Förderung des Dialogs zwischen amerikanischen Juden und der Bundesrepublik befassen sollte, auch in Kooperation mit der Atlantik-Brücke.¹⁸⁸ Gegen-

182 Vgl. zur Fassbinder-Kontroverse *Bergmann*, Antisemitismus in öffentlichen Konflikten, S. 424–440, und zum »Historikerstreit« *Charles S. Maier*, *The Unmasterable Past. History, Holocaust, and German National Identity*, erw. Aufl., Cambridge, MA 1997.

183 Vgl. den Vortrag auf der genannten Konferenz (21. bis 23.11.1987) von Alvin H. Rosenfeld, *Germany and American Jews*, S. 15, AJC Archives, Atlantik-Brücke/AJC Conference File, International Relations Department, sowie Theodore Ellenoff, *AJC Presidential Address*, 22.11.1987, S. 5, ebd.

184 AA, Sachstand deutsch-amerikanische Beziehungen, 4.2.1988, BArch, B 136/30032. Bei den Bemühungen, die Beziehungen zu amerikanisch-jüdischen Organisationen zu verbessern, spielte das AJC demnach eine »Vorreiterrolle«.

185 AA, Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit Herrn Walther Leisler Kiep von der Atlantikbrücke e. V. und mit Herrn William Trosten vom American Jewish Committee (AJC), 7.12.1988, BArch, B 136/34162.

186 Brief von Michael Mertes an Hans Klein, 27.2.1990, ACDP, 01-747, Armonk-Institute/William S. Trosten (1986–1990).

187 Aufzeichnung von Michael Mertes betr. deutsch-amerikanisches Verhältnis, hier: Fortsetzung der Verständigungspolitik zwischen amerikanischen Juden und Deutschen, 1988, ebd. Damit hätte man an die Tätigkeit von Julius Klein angeschlossen. Vgl. *S. Jonathan Wiesen*, *Germany's PR Man. Julius Klein and the Making of Transatlantic Memory*, in: *Philipp Gassert/Alan E. Steinweis* (Hrsg.), *Coping with the Nazi Past. West German Debates on Nazism and Generational Conflict, 1955–1975*, New York 2006, S. 294–305.

188 Brief von William S. Trosten an Helmut Kohl, 26.10.1989, ACDP, 01-747, Armonk-Institute/William S. Trosten (1986–1990). Vgl. auch das Konzept für das Armonk-Institute, *The Private Initiative*, 20.11.1989, ebd. Das AA machte darauf aufmerksam, dass eine Kooperation mit dem Armonk-Institute nicht zu Spannungen mit dem AJC führen dürfe. Vgl. Schreiben des AA, Referat 204, an Chef des Bundeskanzleramts, 8.11.1989, ebd.

über der Atlantik-Brücke und Mitarbeitern des Bundeskanzleramts betonte Trosten mit Nachdruck die negativen Konsequenzen, die sich aus der öffentlichen Thematisierung des Holocaust in den USA durch amerikanisch-jüdische Organisationen ergäben, und forderte eine »verantwortliche, offensive Public-Relations-Strategie der Deutschen« ein.¹⁸⁹ Dabei ging es ihm vor allem um die Stärkung des deutsch-amerikanischen Bündnisses sowie um die Wahrung der Interessen Israels: »American Jewish ›Activists‹ have little or no knowledge either of the importance of the Federal Republic to the long range geo-political interests of the United States or the extent of German economic and political aide to the State of Israel.«¹⁹⁰ Zu diesem Zeitpunkt war also Trosten nicht nur zu einem Partner, sondern auch zu einem Berater geworden und seine Analysen beeinflussten die Gestaltung von Politik im Bundeskanzleramt.

Im Laufe des Jahres 1990 – als sich die deutsch-deutsche Vereinigung abzeichnete – brachen die zuvor skizzierten Konfliktlinien jedoch erneut auf. Mit dem Ende der ›alten‹ Bundesrepublik erlangten die nach wie vor vorhandenen Assoziationen der Bundesrepublik mit dem ›Dritten Reich‹ im Ausland große politische Relevanz. Die Amerikaner standen im Großen und Ganzen der deutschen Einheit positiv gegenüber, doch unter amerikanisch-jüdischen Bürgern gab es zum Teil erhebliche Vorbehalte, die sich zum einen aus der Unkenntnis der Bundesrepublik und zum anderen aus der Erinnerung an den Holocaust speisten. So sprachen sich im Frühjahr 1990 nur 56 % der jüdischen Amerikaner, aber 77 % der Gesamtbevölkerung für das Ende der deutschen Zweistaatlichkeit aus.¹⁹¹

Amerikanisch-jüdische Organisationen zeigten wenig Enthusiasmus für ein wiedervereinigtes Deutschland und äußerten sich zurückhaltend bis skeptisch. Sie machten sich aber keine Illusionen, dass ihre Haltung bei der Planung der offiziellen Deutschlandpolitik der USA Berücksichtigung finden würde.¹⁹² Doch warnten sie vor der Gefahr eines neuen deutschen Nationalismus und Militarismus und brachten ihre Besorgnis zum Ausdruck, ein vereinigtes Deutschland würde »Jewish concerns« – Entschädigungszahlungen, die Sicherheit Israels, Bekämpfung des Antisemitismus, Holocaust-Erinnerung – vernachlässigen.¹⁹³ Diese Sorgen betrafen vor allem die Bevölkerung der DDR, die neben einem Mangel an Demokratieerfahrung auch jahrzehntelanger antizionistischer Propaganda ausgesetzt gewesen sei.¹⁹⁴ Von einzelnen jüdischen Publizisten kam es zu heftiger Kritik an der Regierung Kohl und deren Vorhaben, die Einheit möglichst schnell zu erreichen.¹⁹⁵ Prominente Holocaustüberlebende, wie Elie Wiesel oder der Präsident des »American Gathering of Jewish Holocaust Survivors«, Benjamin Meed, sowie Vertreter von Organisationen, die sich explizit mit der NS-Vergangenheit befassten, wie zum Beispiel das »Simon Wiesenthal Center« in Los Angeles, warnten, dass sich das vereinigte Deutsch-

189 So Trosten in einem Vortrag bei der Mitgliederversammlung der Atlantik-Brücke. Vgl. William S. Trosten, Die jüdische Gemeinschaft der Vereinigten Staaten von Amerika – ein unterschätzter Aspekt der deutsch-amerikanischen Beziehungen, 13.6.1989, S. 8, BArch, B 136/34310 (Hervorhebung im Original).

190 The Armonk-Institute, Fact Sheet, ohne Datum, ACDP, 01-747, Armonk-Institute/William S. Trosten (1986–1990).

191 Arthur M. Hanhardt, Jr., Die deutsche Vereinigung im Spiegelbild der amerikanischen veröffentlichten Meinung, in: Wolfgang-Uwe Friedrich (Hrsg.), Die USA und die Deutsche Frage. 1945–1990, Frankfurt am Main/New York 1991, S. 407–416, hier: S. 409.

192 Vgl. Shafir, Ambiguous Relations, S. 342f.

193 Vgl. etwa International Council of B'nai B'rith, German Unification. A Fact Sheet, 12.4.1990, USHMM IA, Accession No. 1998-011, Records Berenbaum, Box 36, und umfassend Shafir, Ambiguous Relations, S. 341–357.

194 International Council of B'nai B'rith, German Unification. A Fact Sheet, 12.4.1990, USHMM IA, Accession No. 1998-011, Records Berenbaum, Box 36.

195 Vgl. zum Beispiel Charles Krauthammer, The German Revival. The Berlin Wall Came Down Too Soon, in: The New Republic, 26.3.1990, S. 18–21.

land den »lessons of history« entziehen könnte.¹⁹⁶ Solche Verlautbarungen wurden im Kanzleramt genau registriert und Kohl schaltete sich persönlich ein. Er beschwerte sich heftig bei seinen Kritikern, wie wenig Beachtung das »Gute«, das in Deutschland seit 1949 geschehen sei, in den USA fände.¹⁹⁷

Neben dieser – durch eine Indiskretion nicht ganz freiwillig öffentlich über die New York Times ausgetragenen¹⁹⁸ – Kontroverse mit dem einen Spektrum der amerikanisch-jüdischen Organisationen rückten die Bundesregierung und ihre Partner AJC und Armonk-Institute nun deutlich enger zusammen und intensivierten die Kooperation. Trosten sprach sich gegenüber dem Bundeskanzleramt eindeutig gegen die, wie er schrieb, »Propaganda und Agitation [...] besonders unter amerikanischen Juden« gegen die deutsche Einheit aus.¹⁹⁹ Dort wurde die Bereitschaft des Armonk-Institute, »jüdische Ängste gegenüber einer Wiedervereinigung Deutschlands« abzubauen als von »immense Wert« für die Bundesrepublik beurteilt.²⁰⁰ Das Armonk-Institute plante Symposien, Interventionen bei den amerikanischen Leitmedien und die Fortführung des Projekts zur Behandlung des Holocaust im Unterricht. Diese Initiativen waren für die Bundesregierung vor allem deshalb von so großem Wert, weil sie ganz offensichtlich von amerikanischen Juden selbst getragen wurden – und nicht als Interventionen der Bundesrepublik in jüdische Angelegenheiten verstanden werden konnten.

Auch das AJC brachte in einem »Statement on German Unification« einige Vorbehalte und Forderungen zum Ausdruck, war aber letztlich optimistisch, was die zukünftige Entwicklung der Bundesrepublik anging.²⁰¹ In Anbetracht der stabilen Demokratie und der bisherigen Bemühungen, sich mit der NS-Vergangenheit auseinanderzusetzen, hofften Vertreter der Organisation, diese Errungenschaften auch auf das Gebiet der DDR übertragen zu können, wo es unter anderem gravierende Defizite im Bildungsbereich und hinsichtlich der Gestaltung der Orte des ehemaligen NS-Terrors sowie offene Entschädigungsfragen gab.²⁰² Aber auch der »alten« Bundesrepublik attestierte das AJC gewisse Defizite im Umgang mit dem Holocaust und stellte klar, dass es sich eine weitere Institutionalisation der Holocaust-Erinnerung im vereinten Deutschland erhoffte. Damit untermauerte das AJC deutlich, dass sich die Meinung in den USA – vor allem unter amerikanischen Juden – über das »neue« Deutschland vor allem am öffentlichen Umgang mit der Geschichte des Holocaust orientieren würde.²⁰³

196 Zitat aus einem Brief von Marvin Hier an Helmut Kohl, 9.2.1990, USHMM IA, Accession No. 1998-011, Records Berenbaum, Box 36. Vgl. auch Brief von Benjamin Meed an Helmut Kohl, 6.9.1990, ebd., und Interview mit Elie Wiesel, Deutschland ist noch nicht bereit, in: Der SPIEGEL, 1.1.1990, S. 105–110, sowie den Vortrag von Trosten bei der Mitgliederversammlung der Atlantik-Brücke 1990: William S. Trosten, Die jüdische Gemeinschaft von Amerika und die Vereinigung Deutschlands, 30.5.1990, ACDP, 01-747, Armonk-Institute/William S. Trosten (1986–1990).

197 Brief von Helmut Kohl an Marvin Hier, 28.2.1990, BArch, B 136/42205.

198 Marvin Hier hatte seinen Brief an Kohl vom 9. Februar 1990 an die Presse weitergeleitet, die Teile daraus veröffentlicht hatte. Vgl. ebd., und Robert Pear, Bush and Kohl on TV. Kohl Arrives in U. S. for Talks on Europe's Future, in: New York Times, 25.2.1990.

199 Brief von William S. Trosten an Michael Mertes, 13.1.1990, ACDP, 01-747, Armonk-Institute/William S. Trosten (1986–1990). Vgl. auch William S. Trosten, Die jüdische Gemeinschaft von Amerika und die Vereinigung Deutschlands, 30.5.1990, ebd.

200 Vorlage von Michael Mertes zur Unterrichtung an Helmut Kohl, 8.2.1990, ebd.

201 AJC, Statement on German Unification, 17.5.1990, AJC Archives, William Trosten Files, Box 226.

202 Vgl. Shafir, Ambiguous Relations, S. 319–337.

203 Vgl. Frank Trommler, Kultur als transatlantisches Spannungsfeld 1968–1990, in: Junker, Die USA und Deutschland, Bd. 2, S. 395–419, hier: S. 410f.

V. FAZIT UND AUSBLICK

Im Verlauf der 1980er Jahre änderte sich das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und amerikanischen Juden maßgeblich. Während zu Beginn der Dekade kaum offizielle Kontakte bestanden und die Beziehungen von einem deutlichen Antagonismus und von Vorurteilen geprägt waren, hatte die Bundesregierung am Ende des Jahrzehnts eine produktive Partnerschaft mit Vertretern einiger amerikanisch-jüdischer Organisationen hergestellt. Im Gegenzug eröffnete diese Partnerschaft Vertretern dieser Verbände die Möglichkeit, Einfluss auf die Gestaltung der bundesrepublikanischen Außenbeziehungen und auch auf den Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Bundesrepublik zu nehmen. Die Sorge um die Wirkung der amerikanischen Holocaust-Erinnerung auf die deutsch-amerikanischen Beziehungen führte demnach – auch wenn das nicht immer so intendiert war – zur Intensivierung des Dialogs.²⁰⁴ Für die deutsche Seite beinhaltete dieser Dialog die Suche nach einem neuen Kapitel der deutsch-jüdischen Beziehungen, nach einem Verhältnis, das nicht nur von einem »Holocaustsyndrom« geprägt sein sollte. Dass Bemühungen im Bereich der Memorialisierung des Holocaust in den USA und eine gegen die Bundesrepublik gerichtete »Propaganda« nicht deckungsgleich waren, lernte die Regierung Kohl erst im Laufe der 1980er Jahre.

In den 1990er Jahren wurden die Kontakte zwischen dem AJC und der Bundesregierung weiter ausgebaut, und sowohl Kohl als auch andere hochrangige deutsche Politiker standen im regelmäßigen Austausch mit dem AJC und anderen amerikanisch-jüdischen Organisationen.²⁰⁵ Zwar blieb das deutsch-amerikanisch/jüdische Verhältnis weiterhin nicht frei von Spannungen. Zu Konflikten kam es unter anderem über die Frage nach einer deutschen Beteiligung am Zweiten Golfkrieg (1990/91), anlässlich der ausländerfeindlichen Anschläge und Ausschreitungen nach der deutsch-deutschen Vereinigung und in Bezug auf Entschädigungsfragen. Auch stellten diejenigen jüdischen Organisationen, deren Hauptanliegen eine weitere Verankerung des Holocaust in der amerikanischen Gesellschaft war, aus deutscher Sicht weiterhin eine politische Bedrohung dar. Diese Befürchtung schwächte sich nur langsam ab. Beruhigend wirkte sich aber die Tatsache aus, dass die Bundesregierung auf das bewährte Netzwerk zwischen der KAS, der Atlantik-Brücke und dem AJC beziehungsweise dem Armonk-Institute zurückgreifen konnte, wenn auch die Versuche, die Gestaltung amerikanischer Holocaust-Museen oder -Gedenkstätten zu beeinflussen, fehlschlagen.²⁰⁶ Auch die Atlantik-Brücke forcierte ihre Bemühungen in den 1990er Jahren und richtete im Jahr 1993 sogar einen »Ständigen Ausschuss für Deutsch-Amerikanisch/Jüdische Fragen« ein, in dem hochrangige Teilnehmer die – wie es hieß – »Holocaust-Industrie« in den USA als Problem für die Bundesrepublik diskutierten.²⁰⁷ Um Abhilfe zu schaffen, dachte man nicht nur über Interventionen in den USA nach. Ein Teilnehmer lancierte den Vorschlag, auch in Deutschland ein Holocaust-Museum zu errichten, »als Symbol für die Bereitschaft, an dem zu arbeiten, was schlimm und schrecklich war in der deutschen Vergangenheit«.²⁰⁸ Auch wenn nicht alle Teilnehmer des Ausschusses diesen Vorschlag be-

204 *Feldman*, *The Jewish Role*, S. 180–182.

205 Vgl. *Shafir*, *Ambiguous Relations*, S. 353f., sowie die detaillierte Liste der Treffen ebd., S. 456, Anm. 42.

206 *Eder*, *Holocaust-Erinnerung*, S. 127–134.

207 Protokoll der ersten Sitzung des Ständigen Ausschusses für Deutsch-Amerikanisch/Jüdische Fragen der Atlantik-Brücke e. V., 12.–13.2.1993, S. 16, ACDP, 01-747, Armonk-Institute/William S. Trosten (1992–1995). Laut des Protokolls der Sitzung ging der Begriff »Holocaust-Industrie« auf den ehemaligen amerikanischen Botschafter Richard R. Burt zurück. Vgl. dazu das erst später veröffentlichte Buch von *Norman G. Finkelstein*, *The Holocaust Industry. Reflections on the Exploitation of Jewish Suffering*, New York 2000.

208 Protokoll der ersten Sitzung des Ständigen Ausschusses für Deutsch-Amerikanisch/Jüdische Fragen der Atlantik-Brücke e. V., 12.–13.2.1993, S. 14, ACDP, 01-747, Armonk-Institute/William S. Trosten (1992–1995).

größten, ist er dennoch ein Indikator dafür, die langfristigen Wirkungen der bundesrepublikanischen Auseinandersetzung mit den amerikanischen Juden und insbesondere der amerikanischen Holocaust-Erinnerung auch in der Bundesrepublik zu suchen.

Die oftmals konfliktreichen Begegnungen mit amerikanisch-jüdischen Organisationen wirkten sich somit förderlich auf den Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Bundesrepublik aus. Die Akteure der deutschen (Geschichts-)Politik, deren Argumentationsweisen zuweilen in den Bahnen klassischer antisemitischer Klischees verlaufen waren und die immer wieder suggeriert hatten, amerikanische Juden wollten sich nicht mit der Bundesrepublik versöhnen, erkannten, dass sie öffentliche Debatten über die NS-Vergangenheit in den USA nicht verhindern und nicht wirklich in ihrem Sinne beeinflussen konnten. Sie lernten in ihrer Auseinandersetzung mit amerikanisch-jüdischen Organisationen, dass ein eindeutiges Bekenntnis zur Verantwortung für die Verbrechen des NS-Regimes und insbesondere eine differenzierte Unterscheidung, wer genau zu den Opfern des NS-Regimes zählte, nach außen kommuniziert werden mussten, wollte man massiven Widerstand von Opfergruppen oder Organisationen, die in deren Namen sprachen, vermeiden. Jede Geste, die als Versuch der Relativierung gedeutet werden konnte, musste entsprechenden Widerstand hervorrufen. Dies hatte vor allem die Diskussion um Bitburg mit Nachdruck verdeutlicht. Aber auch an der Entwicklung der Erinnerungskultur der Bundesrepublik selbst lassen sich die Lehren aus den Auseinandersetzungen mit amerikanisch-jüdischen Organisationen ablesen. So wurde Kohl zu einem Befürworter des Denkmals für die ermordeten Juden Europas, wobei er hier – erstaunlich offen – die internationale Reputation der Bundesrepublik als Argument ins Feld führte.²⁰⁹ Kurz vor Ende seiner Amtszeit äußerte er gegenüber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung die Befürchtung, die Bundesrepublik würde »weltweit verflucht« werden²¹⁰, sollte das Mahnmal nicht gebaut werden, und behauptete in einem Interview mit dem Fernsehsender RTL sogar, dass »das Mahnmal endlich gebaut werden müsse, weil die amerikanische Ostküste dies erwarte«.²¹¹ Ein offener Umgang in der Bundesrepublik mit der Erinnerung an den Holocaust würde demnach, so nahm Kohl nun an, das außenpolitische Ansehen der Bundesrepublik nicht schwächen, sondern – im Gegenteil – stärken.²¹² Dass Kohl hier aber höchst problematisch argumentierte und ein nicht zu belegendes Bedrohungsszenario aufzeigte, legt die Vermutung nahe, dass sich zwar die politischen Strategien, nicht aber die Denk- und Argumentationsmuster gegenüber den amerikanisch-jüdischen Organisationen in und seit den 1980er Jahren gewandelt hatten.

209 *Kirsch*, Kern unseres Selbstverständnisses, S. 43f. Zur »Rolle des Bundeskanzlers« und auch zu seiner Absprache mit dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignaz Bubis, das Denkmal zu unterstützen, wenn letzterer sich nicht gegen den Umbau der Neuen Wache zur »Zentralen Gedenkstätte der Bundesrepublik Deutschland« aussprechen würde, vgl. *Kirsch*, Nationaler Mythos, S. 158–160, sowie *Hans-Georg Stavginski*, Das Holocaust-Denkmal. Der Streit um das »Denkmal für die ermordeten Juden Europas« in Berlin (1988–1999), Paderborn 2002, S. 65f.

210 *Patrick Bahners/Frank Schirrmacher*, Ich stelle mich in eine Ecke, wo man gar nicht bemerkt wird. Interview mit Helmut Kohl, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.9.1998. Den Hinweis auf diesen Artikel entnehme ich *Kirsch*, Kern unseres Selbstverständnisses, S. 43f.

211 *Stefan Reinecke*, Der einzige mögliche Weg. Die Entscheidung über das Holocaust-Mahnmal ist verschoben, in: taz, 26.8.1998.

212 *Kirsch*, Kern unseres Selbstverständnisses, S. 43f.

